

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 2.50 Mk., monatlich 1.80 Mk., vierteljährlich 3.50 Mk. für ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.50 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mk., für das übrige Ausland 4 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteht 1898.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgezeigte Kolonette oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Berichte und Berichtigungen 30 Pf. Kleine Anzeigen: das erste Mal 20 Pf., jedes weitere Mal 10 Pf. (zwei Mal 20 Pf. für die erste Nummer, jedes weitere Mal 10 Pf.). Jedes weitere Mal 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Kriegsamt-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 6. Juli 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Vom inneren Frieden.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat neulich dem eigentlich selbstverständlichen, aber von einem großen Teil der bürgerlichen Presse noch immer als ungeheuerlich bekämpften Gedanken Ausdruck gegeben, daß die alte Art der Polemik gegen die Sozialdemokratie nach dem Kriege nicht wieder aufgenommen und daß die Befreiung der Sozialdemokratie von dem „Makel der Vaterlandsfeindlichkeit“ an keine Bedingung geknüpft werden dürfe.

„Wenn es also wahr ist, was Graf Westarp im Reichstag hervorhob, daß die Sozialdemokratie von ihrem extrem-radikalen Programm nichts aufgegeben hat und vielleicht nichts aufgeben wird, so folgt daraus vom konservativen Standpunkt aus ohne Zweifel das Recht zu weiterer Bekämpfung dieser Partei, keineswegs aber zur Wiederaufnahme der Scheidung zwischen nationalen und anderen Parteien. Diese Scheidung war vor dem Kriege schon ein unangenehmes Symptom einer das politische Leben beherrschenden Intoleranz, des Unvermögens, sich in fremde Auffassungen hineinzuversetzen; nach dem Kriege wäre die Rückkehr zu ihr nicht weiter als ein plumper Kniff derjenigen, die eine lokale Liquidierung der Kriegsergebnisse unter allen Umständen verhindern wollen.“

Wer die Presse aufmerksam verfolgt, wird konstatieren müssen, daß dieser „plumpe Kniff“ sich schon jetzt in einem Teil der bürgerlichen Presse einer zunehmenden Beliebtheit erfreut. Eine eigenartige Variation dieses „Kniffs“ stellt ein Artikel von E. Z. über den „inneren Frieden“ im „Berliner Lokal-Anzeiger“ dar. Die Ueberschrift des Artikels wirkt wie Hohn, denn weder von Frieden, noch von Friedfertigkeit ist in ihm auch nur eine Spur enthalten. Zunächst wird dem Leser, um ihn für das Weitere empfänglich zu machen, das Schreckgespenst des „Massenregiments“ an die Wand gemalt.

„Vor allen Dingen müssen wir uns vor jeder Bewegung schützen, die etwa unedelmütig auf ein Regimen der Massen hinsteuert. Das wäre das gefährlichste Unternehmen, das heute begonnen werden könnte, es würde das bewährte monarchische Staatsystem untergraben, an dem wir festhalten müssen und wollen. In diesem bewährten monarchischen Staatsystem sollten die besten und tüchtigsten Männer aller Kreise auf die Posten berufen werden, auf denen sie ihm die besten Dienste leisten können, um es zu erhalten, auszubauen und zu stärken.“

Hierbei darf aber die Regierung — und hier kommt nun der „Kniff“ zum Vorschein — sich in ihrer künftigen Politik nicht der Täuschung hingeben, als habe sie es mit einer anderen Sozialdemokratie als vor dem Kriege zu tun:

„Eine Regierung, die etwa fest mit jener prinzipiellen Aenderung der gesamten Sozialdemokratie rechnete, würde bis zur öffentlichen Verkündigung des Systemwechsels einen schweren Fehler begehen. Bis jener Systemwechsel tatsächlich und ehrlich erfolgt ist, wäre es ebenso falsch und ebenso sicher einer Enttäuschung zuteuernd, wollte die Regierung schon jetzt in der offiziellen Sozialdemokratie den verlorenen Sohn sehen, der reumütig in ihre Arme zurückgekehrt sei.“

Eine solche Haltung wäre, nach E. Z., um so weniger angebracht, als die „sozialdemokratischen Wähler und Mitläufer“ zu einem großen Teil gar nicht mehr hinter ihren offiziellen Vertretern stehen! Gerade für diese Wähler müßte jetzt „eine Organisation auf monarchischer, staatsbehaltender Grundlage“ geschaffen werden, damit sie nicht wieder zur Sozialdemokratie zurückfluten und ihr eine Machtstellung geben, die ihr nicht zukomme.

„Ausdrücklich muß anerkannt werden“, fährt E. Z. fort, „daß ein erheblicher Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten der Lage des Reichs Rechnung getragen, das Vaterland über die Partei gestellt hat. Sie haben im Sinne ihrer Wähler gearbeitet, die mit denen, die anders wählten, tapfer und standhaft unsere vorgeschobenen Grenzen schützten. Sie sind auch mit berufen, bei der erwähnten notwendigen Neuorganisation mitzuwirken, nachdem sie sich von dem Teil ihrer Genossen getrennt haben, die den vaterländischen Gedanken in schwerer Zeit zu verneinen wagen.“

Diese geläuterten Sozialdemokraten sind, nach der Ansicht von E. Z., wohl auch berufen, jene Organisation auf „monarchischer staatsbehaltender Grundlage“ zu schaffen, die die Massen brauchen.

„Die Männer draußen und drinnen, die sozialdemokratisch wählen, sind nicht unfrüherlich, aber sie wollen und brauchen ihrem ganzen Gedankengang und ihrem Empfinden entsprechend eine politische Organisation zur Vertretung verbesserter Lebensbedingungen.“

Diese Organisation haben sie bisher in der sozialdemokratischen Parteiorganisation. Das war aber ein Irrtum. Herr E. Z. weiß das genau. Weil dem aber so ist, — braucht man es mit der Sozialdemokratie nicht allzu genau zu nehmen! Sie ist — und ist wieder nicht. Geschwindigkeit ist keine Hegererei: Eins, zwei — und das Problem der „Einstellung“ der Sozialdemokratie in die „neuorientierte“ innere Politik löst sich, da es eigentlich keine Sozialdemokratie mehr gibt, in eitel Wohlgefallen auf.

„Und da es so liegt, wäre es um so verständlicher, wollte eine Regierung alte, bewährte Freundschaften aufgeben, um verlorene Söhne um so gerührt in ihre Arme zu schließen oder sie gar in gar nicht angebrachter Weise zu bevorzugen und die zu vernachlässigen, die in manchem harten Kampfe neben ihr standen. Aber auch bei jenen alten Freunden müßten jetzt mehr denn je Fehler vermieden werden, die nicht mehr gut zu machen sind, das ist hier mehrfach betont worden.“

Wir können es keiner Regierung verübeln, im Gegenteil, wir erkennen es ausdrücklich als berechtigt, ja als notwendig, an, daß sie sich auch für die Tagespolitik das großzügige Kaiserwort zu eigen macht: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“ Aber das Wort gilt nach rechts und links. Eine Einigung mit den Freunden von ehemals muß möglich sein, wenn beide Teile den besten Willen mitbringen. Jedenfalls, das ist sicher, wollte man bewährte Freundschaften gegen neue, nicht bewährte eintauschen, die einem leicht herbe Enttäuschungen bringen können, so würde man sich mühselig und sorgsam den Platz zwischen zwei Stühlen berichten, den man sonst immer zu meiden sucht.“

In diesen Sätzen liegt der Schwerpunkt des ganzen Artikels. „Wozu in die Ferne schweifen, sieh, das Gute liegt so nah!“ Wozu alte gute Freunde vernachlässigen und sich in unbekannte Weiten begeben! Zumal eine „Einigung mit den Freunden von ehemals“ möglich ist, wenn beide Teile den „besten Willen“ mitbringen. Der eine Teil ist dazu sofort bereit. E. Z., der mitunter zu offiziellen Zwecken benutzt wird, sagt ausdrücklich:

„Aber unsere Regierung wird das alles sorgsam erwogen haben, sie denkt gar nicht daran, sich zwischen zwei Stühle zu setzen, sie weiß alte Freundschaften im einzelnen und im Parteileben zu schätzen, und sie kennt ihre Pflicht, neue Freundschaften zu suchen und erkennt, daß hierbei weise Vorsicht ihr Pfadfinder sein muß.“

Deutlicher kann die Offerte an den anderen Teil — man denkt hier unwillkürlich an die Kapp-Beute — nicht sein. Und auch nicht freigeibiger. Also: „Kein Liebchen — was willst du noch mehr?“

Auch das Zentrum gegen die „Neuorientierung“.

Ähnlich wie die rechtsstehenden Parteien nimmt jetzt auch das Zentrum gegen eine ernsthaftige Neuorientierung Stellung. Die „Kölnische Volkszeitung“ veröffentlicht einen aus Berlin datierten Artikel, der offensichtlich parteioffiziösen Charakter trägt. Der Artikel erklärt sich in der Einleitung natürlich „grundsätzlich“ für die Neuorientierung, wie ja das auch ein Gebot und Westarp getan haben. Aber bei der weiteren Erörterung darüber, wie die Neuorientierung aussehen soll, zeigt sich sofort, daß auch das Zentrumsblatt nichts von einer ernsthaften Aenderung der inner- und außerpolitischen Verhältnisse Deutschlands wissen will.

Die „Kölnische Volkszeitung“ wendet sich dagegen, daß die Presse der Linken die Neuorientierung einseitig als Linksentwicklung aufzufassen scheine. Gewiß, die „Volkszeitung“ will die Forderung der Linken „dann nicht ohne weiteres ablehnen, wenn die Parteien der Linken vor dem Kriege im Verhältnis zu ihrer Bedeutung im Staate zu kurz gekommen sein sollten.“ Aus dieser bedingten Form des Zugeständnisses geht bereits hervor, daß die „Kölnische Volkszeitung“ gar nicht an eine ernsthafte Vernachlässigung der Linken vor dem Kriege glaubt. Nach dem Zentrumsblatt war es eigene Schuld der Sozialdemokratie, daß sie sich „vor dem Kriege durch die Verleugnung der Staatsnotwendigkeiten durch die Ablehnung der Etats-, aller militärischen Forderungen, aller Steuern, durch das uneingeschränkte Bekenntnis zur Republik, zur Internationalen selber größtenteils des Einflusses begeben und ausgeschaltet habe.“ — Die „Volkszeitung“ betrachtet also die Aufgabe aller eben genannten politischen Grundsätze als Vorbedingung für die Neuorientierung. Aber selbst wenn diese Bedingungen mehr oder weniger erfüllt sein sollten, ist das Zentrum noch nicht ein unbedingt Freund der Neuorientierung. Das genannte Zentrumsblatt schreibt wörtlich:

„Bedenken gegen eine einseitige Neuorientierung der inneren Politik lediglich im Sinne der Linken für die Linke sind nach den Erfahrungen der Vergangenheit auch in unseren Kreisen selbstverständlich... Es mögen aber auch Bedenken militärischer und monarchischer Art gegen eine Neuorientierung im Sinne einer scharf betonten parlamentarischen Vintepolitik noch werden, weil man ein Ueberwiegen des sozialdemokratischen Einflusses bei dieser Politik mit der Linken fürchten muß.“

Von einer Neuorientierung fürchtet das Zentrum insbesondere eine Abschwächung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches und des Einflusses der Kirche im Staatsleben. Zumal in der letzten Frage habe die Sozialdemokratie noch nicht im mindesten umgelernt.

„Die Sozialdemokratie hat während des Krieges in mancherlei Reden und Handlungen ihrer Führer Anzeichen eines beginnenden Umlernens in ihrer Stellung zur Wirtschaftspolitik, zur deutschen Wehrmacht, zu den Staatsnotwendigkeiten und selbst zur Monarchie gegeben. Aber nirgends habe ich bisher auch nur das leiseste Anzeichen eines Versuches der Sozialdemokratie kennen gelernt in ihrer Stellung zur Kirche, zur positiven Religion, zu kulturellen und religiösen Fragen umzulernen.“

Kurz und gut, das Zentrumsblatt erklärt, daß eine Neuorientierung der inneren Politik weder das Volk noch die Parteien befriedigen könnte, da das Deutsche Reich nach seiner ganzen Verfassung das parlamentarische System nicht vertrage.

Das Zentrum selbst erwartet von der Neuorientierung im wesentlichen nur größere Freiheit für alle Konfessionen, d. h. also für die Katholiken, und die praktische Verwirklichung der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes. Wie sich das Zentrumsblatt diese „Gleichberechtigung“ denkt, geht am besten daraus hervor, daß es erklärt:

„Es wäre völlig falsch, wenn sich die ganz Neuorientierung einfach in einer preußischen Wahlrechtsänderung erschöpfen würde. Das wäre gar keine Neuorientierung.“

Diese Sätze sind so deutlich, daß sie wirklich keines weiteren Kommentars bedürfen. Man bringe sie nur in Zusammenhang mit dem obengitierten Artikel des „Lokal-Anzeiger“. Wenn so Regierung, rechtsstehende Parteien und Zentrum darin einig sind, keinen Kurswechsel vorzunehmen, was ja durch die in dem Kriege gemachten Erfahrungen bereits deutlich genug geworden ist, dann sollten auch die wenigen Schwärmer für die Neuorientierung innerhalb unserer Partei einsehen, daß nur eigene Kraft die Ziele durchzusetzen vermag, deren Verwirklichung man sich kampflös dachte.

Allgemeiner Streik und Manifestation in Galaz.

Unsere rumänischen Genossen hatten, laut der „Voss. Ztg.“, für den 4. d. M. in Galaz einen allgemeinen Streik als Trauerkundgebung für die Opfer der kürzlichen Straßenkämpfe ausgerufen. Mit Trauerfahnen geschmückt, hielten über 7000 Mann einen Umzug durch die Stadt und begaben sich darauf auf den Friedhof, wo mehrere Reden gehalten wurden. Sozialistische Lieder singend zogen die Manifestanten wieder durch die Stadt und vor die Wohnung des Bürgermeisters, wo feindliche Kundgebungen stattfanden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung waren große militärische Maßnahmen getroffen worden. Diesmal kam es aber nicht zu Zusammenstößen.

Bergarbeiterstreik in Schottland.

London, 5. Juli. (B. L. B.) „Daily Mail“ meldet: Alle Versuche in dem Kohlenbergwerk Rosehall in der schottischen Grafschaft Lanarkshire die Streiktätigkeiten mit den Bergleuten wegen Anerkennung der Gewerkschaften beizulegen, sind gescheitert. Der ausführende Ausschuss der Bergleute hat dem Handelsamt mitgeteilt, daß morgen sämtliche Bergleute der Grafschaft, die 60 000 Mann an Zahl betragen, in den Ausstand treten werden.

Das englische Asylrecht und die russischen Flüchtlinge.

Manchester, 5. Juli. (B. L. B.) Wie der Londoner Berichtserstatler des „Manchester Guardian“ meldet, sagte der Staatssekretär des Innern, Samuel, in Unterhause, daß russische Untertanen, die nicht in die britische Armee eintreten wollen, deportiert werden würden, falls nicht ein Gerichtshof entscheidet, daß es sich um politische Flüchtlinge handelt. Der Berichtserstatler bemerkt dazu: Es handelt sich darum, russische Juden nach Rußland zurückzuführen, die aus bekannten Gründen Rußland verlassen haben, aber nicht eigentlich als politische Flüchtlinge, bezeichnet werden könnten. Er fügte die Ansicht eines Russen hinzu, wonach ein solcher Schritt eine sehr unangenehme Wirkung auf die russischen Liberalen und Demokraten haben würde, die in Rußland die Hauptstütze der englisch-russischen Freundschaft sind und die all ihre Hoffnungen für die Zukunft Rußlands auf die Verbreitung des britischen Freiheitsbegriffes setzen. Das Ideal, das sich die russischen Liberalen von England gemacht haben, würde erschüttert und eine solche Enttäuschung der hauptsächlichsten politischen Freunde Englands in Rußland würde für ein kräftiges Zusammenarbeiten beider Länder verhängnisvoll werden. Es sei eine unangenehme Wahrheit, daß unter den russischen Konservativen und Reaktionären, die sich allein über eine solche Maßregel freuen würden, eine ausgesprochen englandfeindliche Richtung besteht.

Veröhnliche Antwort Mexikos.

Washington, 5. Juli. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die mexikanische Antwortnote auf die zwei letzten Noten der Vereinigten Staaten ist hier eingegangen. Es heißt, daß sie in veröhnlichem Ton gehalten ist und als Grundlage für eine glückliche Beilegung dienen kann.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 5. Juli. (B. L. B.) Amlicher Bericht von Dienstag nachmittag. Rüdlich und südlich der Sonne war die Nacht ruhig. Der Feind versuchte keinen Gegenangriff. Die Franzosen richteten sich in den gefestigten Stellungen ein. Es bestätigt sich, daß das von den Franzosen erbeutete Material beträchtlich ist. In den bereits gezählten Batterien kommen drei hinzu, darunter zwei schweren Kalibers. Man stellt mehr und mehr die Wirkungen des französischen Zerföhrungsfeuers fest. In einem einzigen Unterstande wurden vierzig Leichen gefunden. Die Deutschen haben ungeheure Verluste erlitten, besonders in der Felsenklucht nördlich von Aeffillers und an den Nordabhängen von Herbecourt. Ein französisches Flugzeug hat noch einen deutschen Fesselballon nördlich von Frise in Brand gesetzt. Zwischen Avre und Aigne drangen sehr tätige französische Erkundungsabteilungen in Schützengraben der ersten Linie und nordöstlich von Beuvraignes und vor Vingre (V) bis in die Unterstüßungsgraben ein und brachten Gefangene zurück. Auf dem linken Ufer der Maas scheiterte ein deutscher Angriffsversuch.

auf die Schützengräben an den Südhängen des Toten Mannes im Feuer. Auf dem rechten Ufer war der Kampf während der ganzen Nacht lebhaft. In der Gegend nordwestlich des Werkes von Thiaumont scheiterten sechs aufeinander folgende Angriffe, von denen der letzte mit brennenden Flüssigkeiten unterstützt wurde. Die Deutschen wurden durch das Gewehr- und das Sperrfeuer dahingemäht und erlitten große Verluste. Die Franzosen behaupten vollkommen die Stellungen. Im Laufe der Nacht erzielten die Franzosen einige Fortschritte am südöstlichen Rande des Famin-Baldes. Sie warfen die Deutschen aus einem kleinen Grabenschlüch nordwestlich der Batterien von Damloup. Im Oberlauf wurde ein deutscher Angriff auf ein Werk westlich von Ripach leicht abgewiesen.

Paris, 5. Juli. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom Dienstag abend. Rüdlich von der Somme ist der Tag in dem ganzen von den Franzosen besetzten Abschnitt ruhig verlaufen. Südlich von der Somme haben wir unsere Stellungen trotz des schlechten Wetters, welches die Operationen behinderte, während des Tages südwärts und ostwärts ausgedehnt; wir haben uns des Gehölzes zwischen Aseviders und Parleuz sowie des Dorfes Bellou-en-Santerre bemächtigt, welches wir vollständig halten. Estrées ist auch in unsere Gewalt gefallen, bis auf ein Inselchen, auf dem die Deutschen noch Widerstand leisten; allein in der Gegend von Estrées haben wir 500 Gefangene gemacht. Am linken Maasufer Artilleriekampf in der Gegend von Avocourt und an der Höhe 804. Auf dem rechten Ufer haben die Deutschen im Laufe des Tages ihre Anstrengungen in der Gegend von Thiaumont verdoppelt, welche sie seit Mittag mit einem sehr heftigen Feuer von Granaten großen Kalibers belegt haben. Gegen 2 Uhr nachmittags wurde noch mehrere abgeschlagene Versuche ein feindlicher Angriff gegen das Werk Thiaumont angeht, dessen die Deutschen sich damit zum vierten Male haben bemächtigen können; unsere Truppen bleiben in unmittelbarer Berührung mit dem Werke. Heftige Tätigkeit der feindlichen Artillerie gegen die Batterie von Damloup und gegen La Laufée. Von der übrigen Front ist kein Ereignis zu melden.

Lufkrieg: In der Nacht zum 4. Juli haben unsere Flugzeuge den Bahnhof Longuon, Lager bei Challerange und Sabigny und militärische Anlagen in Laon beworfen.

Belgischer Bericht: Von der Front der belgischen Armee ist nichts zu melden.

Ein französischer Armeebefehl.

Berlin, 5. Juli. (W. L. B.) Ein Angriffsbefehl der französischen 129. Infanteriedivision, der nachträglich in die Hände der deutschen Truppen gefallen ist, bezeugt die außerordentliche Bedeutung des Zwischenwerkes von Thiaumont. Der Befehl regelt den Gegenangriff auf das verlorene Werk für die Nacht vom 24. zum 25. Juni. Als Ziel des Angriffs bezeichnet die Nummer 3 des Befehls ausdrücklich: „Wiedereroberung zunächst des Werkes von Thiaumont, dann unserer ursprünglichen Stellungen.“ Die Schlussfolgerung lautet in der deutschen Uebersetzung: „Das Interesse der Gesamtlage erfordert die vollständige Wiedereroberung des verlorenen Geländes. Wir müssen es schaffen, bis zum letzten Mann, bis zum letzten Atemzug, mit Bajonett und Handgranate, das Vaterland verlangen.“

Hierzu versteht man die mehrfach erneuerten wütenden Angriffe der Franzosen auf das wichtige Zwischenwerk — und man versteht es vielleicht auch, daß die französische Heeresleitung sich so schwer einschließen konnte, die volle Ergebnislosigkeit ihrer Bemühungen sich und dem Volke einzugestehen.

Die englische Meldung.

London, 4. Juli. (W. L. B.) Bericht des britischen Hauptquartiers. Schwere Gewitter und Regengüsse führten einigermaßen die Offensiv, und die Lage südlich vom Ancre-Bach blieb im allgemeinen unverändert. Die Kampfhandlungen während des Tages bestanden hauptsächlich in kleineren örtlichen Unternehmungen zu dem Zweck, das genommene Gelände zu behaupten. Die Gesamtzahl der Gefangenen übersteigt 5000.

London, 5. Juli. (W. L. B.) Britischer Heeresbericht. Die Kämpfe dauerten gestern den Tag über an. Wir machten leichte Fortschritte. La Boisselle ist vollständig in unserer Hand. Ein deutscher Angriff im Süden von Thiepval wurde zurückgeschlagen. Es fanden viele Luftkämpfe hinter den feindlichen Linien statt. Sieben deutsche Flugzeuge wurden heruntergeholt, wir erlitten dabei keine Verluste.

London, 5. Juli. (W. L. B.) Haig meldet vom 5. Juli: Der Kampf dauerte an unserer südöstlichen Front den ganzen Tag über fort. Wir machten an einigen Punkten kleine Fortschritte. In der Nähe von Fricourt ergab sich gestern der Rest eines ganzen Bataillons. Heftige Gefechte mit Bombenlämpfen fanden während der letzten 24 Stunden in La Boisselle statt, das jetzt vollständig im Besitz unserer Truppen ist. Ein starker deutscher Bombenangriff am Nachmittag auf ihre ursprüngliche Front südlich Thiepval wurde leicht mit Verlusten für den Feind zurückgeschlagen. Zwischen Thiepval und dem Fluß Ancre ist die Lage unverändert. Heute beträchtliche Artillerietätigkeit bei Loos und der Höhenkollernhöhe. Gestern nachmittag brach ein deutscher Ueberfall südlich von Armentières unter unserer Artillerie- und Maschinengewehrfeuer vollständig zusammen. Der Feind hatte schwere Verluste. Unsere bombenwerfenden Flugzeuge griffen gestern mit Erfolg die wichtigsten Eisenbahnhauptzentren von Comines, Combles und St. Quentin an. Unsere offensiven Flugzeugpatrouillen drangen weit in feindliches Gebiet vor und stießen auf eine große Menge feindlicher Flugzeuge. Es wurde lebhaft gefochten. Vier deutsche Flugzeuge wurden zum Wiederkehren in ihren Linien gezwungen, ebenso drei andere, die Verwundungen erlitten hatten. Wir haben keine Verluste außer den bereits gemeldeten.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 5. Juli. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom 4. Juli.

Westfront. Zwischen Styr und Stochod und weiter südlich von Stochod dauern die Kämpfe mit großer Heftigkeit an. Alle Gegenangriffe des Feindes blieben ohne Erfolg. In der Gegend der unteren Lipa bedrängen unsere Truppen den Feind, der erlittenen jähren Widerstand leistet. Der Versuch des Gegners, den Styr in der Gegend des Dorfes Sipa zu überschreiten, wurde abgewiesen. Im Laufe der Nacht fielen uns hier 11 Offiziere, ungefähr 1000 Soldaten und 5 Maschinengewehre in die Hände. Auf dem rechten Dniesterufer versuchte der Feind dreimal von dem Dorfe Jialow aus anzugreifen, er wurde jedoch durch unser Feuer abgewiesen. Bei Kolumea warfen unsere Truppen den Gegner aus einigen seiner Stellungen. Wir verfolgten ihn und eroberten den Flecken Potol Gzarny, wobei wir 4 Geschütze erbeuteten und einige hundert Gefangene machten. In dem Gefecht, das südlich Jirin (82 Kilometer) nordöstlich Baranowitschi noch andauert, durchdrangen wir zwei Linien der feindlichen Verteidigungsanlagen. Die Zahl der im ganzen im Laufe des gestrigen Tages in dieser Gegend gemachten Gefangenen und der erbeuteten Kriegstrophäen übersteigt 72 Offiziere, 2700 Soldaten, 11 Geschütze und eine Anzahl Maschinengewehre sowie Bombenwerfer. Im Laufe der gestrigen Sturmangriffe fielen ruhmvoll die

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 5. Juli 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Von der Küste bis zum Ancre-Bach, abgesehen von kleineren Erkundungsgesichten, nur lebhaftige Artillerie- und Mörserwerfertätigkeit. Die Zahl der in den letzten Tagen auf dem rechten Ancreufer unversehrt gefangenen Engländer beträgt 48 Offiziere, 867 Mann.

Au der Front zu beiden Seiten der Somme sind seit gestern abend wieder schwere Kämpfe im Gange. Der Feind hat bisher nirgends ernste Vorteile zu erringen vermocht.

Auf dem linken Maasufer verlief der Tag ohne besondere Ereignisse. Auf dem rechten Ufer versuchten die Franzosen erneut mit starken Kräften, aber vergeblich, gegen unsere Stellungen nordwestlich des Werkes Thiaumont vorzudringen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die furländische Küste wurde ergebnislos von See her beschossen.

Die gegen die Front der Armeen des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg gerichteten Unternehmungen des Gegners wurden besonders beiderseits von Smorgon fortgesetzt.

Deutsche Fliegergeschwader warfen ausgiebig Bomben auf die Bahnanlagen und Truppenansammlungen bei Minsk.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Die Russen haben ihre Angriffstätigkeit auf der Front von Jirin bis südöstlich von Baranowitschi wieder aufgenommen. In zum Teil sehr hartnäckigen Nachkämpfen wurden sie abgewiesen oder aus Einbruchstellen zurückgeworfen. Sie erlitten schwerste Verluste.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen beiderseits von Kostiukowka (nordwestlich von Czartorysk) und nordwestlich von Kolkli vorgebrungene russische Abteilungen wurden angegriffen.

In vielen Stellen nördlich, westlich und südwestlich von Luel bis in die Gegend von Werben (nordöstlich von Berezestjo) scheiterten alle, mit starken Kräften unternommenen Versuche des Feindes, uns die gewonnenen Vorteile wieder zu entreißen.

Die Russen haben, abgesehen von schweren blutigen Verlusten an Gefangenen 11 Offiziere, 1139 Mann eingebüßt.

Bahnanlagen und Truppenansammlungen in Luel wurden von Fliegern angegriffen.

Armee des Generals Grafen v. Boehmer

Südlich von Baryz hatte der Feind vorübergehend auf schmaler Front in der ersten Linie Fuß gefaßt. Unser Erfolg südöstlich von Tlumacz wurde erweitert.

Valkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Die Tätigkeit der deutschen U-Boote.

Amtlich. Berlin, 5. Juli. (W. L. B.) Am 4. Juli hat eines unserer Unterseeboote in der südlichen Nordsee einen feindlichen Unterseebootszerstörer versenkt.

S. M. Unterseeboot „U 35“, das ein Handschreiben S. M. des Kaisers an S. M. den König von Spanien und Arzneimittel für die in Spanien internierten Deutschen nach Cartagena brachte, ist nach erfolgreicher Lösung seiner Aufgabe zurückgekehrt. Das Boot versenkte auf dieser Fahrt u. a. den bewaffneten französischen Dampfer „De rault“ und erbeutete ein Geschütz. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generalkriegsbericht.

Wien, 5. Juli. (W. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Auf den Höhen nordöstlich von Kiriabada in der Bukowina Geplänkel mit feindlicher Reiterei. Westlich von Kolomena wurde eine mittags zum Angriff vorgehende russische Brigade durch unsere Artillerie zu suchartigem Zurückgehen gezwungen. Gegen Abend griff der Feind südlich von Sedzawka mit starken Kräften an; er wurde überall zurückgeworfen, stellenweise nach erlittertem Handgemenge. Bei Baryz westlich von Buzacz drangen die Russen vorübergehend in unsere Stellungen ein. Ein Gegenangriff führte zur Wiedergewinnung der ursprünglichen Linien. Bei Werben am oberen Styr brachte ein Vorstoß österreichisch-ungarischer Truppen 11 russische Offiziere, 827 Mann und fünf Maschinengewehre ein. Seit Tagen hat sich auf diesem Gefechtsfelde das altbewährte Iperesenhäutiger Infanterie-Regiment Nr. 42 hervorgetan. Südwestlich und westlich von Luel scheiterten abermals zahlreiche Vorstöße des Gegners unter schweren Verlusten für denselben. Im Styrgebiet abwärts von Sotul bis über Kasalowa hinaus nahmen die Russen ihre Angriffe wieder auf. Westlich von Kolkli versuchte der Feind unter erheblichem Kräfteaufwand, auf dem Nordufer festen Fuß zu fassen. An zahlreichen anderen Stellen wurden russische Angriffe abgeschlagen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Abschnitt von Toverdo hielt das hauptsächlich gegen den Südtel der Hochfläche gerichtete feindliche Geschützfeuer an. Angriffsvorversuche der Italiener gegen unsere Stellungen östlich von Ronfalcone und Selz wurden abgewiesen. An der Front zwischen Brenta und Eisch unternahm der Feind vergebliche Vorstöße gegen unsere Stellungen bei Roana und nördlich des Posinatals. Bei Malborghet und im Suganertale wurde je ein feindliches Flugzeug abgeschossen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalkriegsberichts: v. Dörfner, Feldmarschallsleutnant.

tapferen Obersten Gonorow, Michailow und Schirkanow. Seinen Wunden erliegen ist der Oberst Abisejew.

An der Front weiter nördlich steigert sich das Artilleriefeuer stellenweise zu außerordentlicher Heftigkeit. In der Gegend des Dorfes Baltaguch (5 Kilometer östlich des Wiszniew-See) versuchten die Deutschen, aus ihren Gräben herauszukommen, durch unser Feuer wurden sie jedoch daran gehindert.

Unser Flugzeuggeschwader unternahm einen Flug gegen den Bahnhof Baranowitschi.

Kaukasusfront: In der Richtung Baiburt macht unsere Offensiv dauernd Fortschritte. Wir erbeuteten 2 Feldgeschütze, 11 Munitionswagen, 2 Maschinengewehre und 8 Bombenwerfer.

In Persien fand ein Gefecht in der Gegend von Kermanischab statt.

Petersburg, 5. Juli. (W. L. B.) Zweiter amtlicher Bericht vom 4. Juli. Westfront: In dem Kampf, der nordöstlich Baranowitschi andauert, leistet der Gegner heftigen Widerstand und versucht nach Möglichkeit unsere Gegenstöße aufzuhalten. Um das Dorf Jekimonowitschi (9 Kilometer östlich des Bahnhofs Baranowitschi) wogte der Kampf hin und her. Es blieb schließlich in unserem Besitz. In vielen Abschnitten war das Artilleriefeuer zeitweise besonders stark. Im Laufe dieser heftigen Gefechte wurden der General Karpow und der Oberst Bergow verwundet.

Nordwestlich des Bahnhofs Czartorysk in der Gegend des Dorfes Wolla Poluxia (19 Kilometer nordwestlich des Bahnhofs) machten unsere Truppen einen Sturmangriff gegen die stark ausgebauten Stellungen des Feindes. Wir machten dabei Gefangene. — Westlich Kolkli nahmen unsere Truppen die erste Linie der Gräben beim Dorfe Tuman (12 Kilometer westlich Kolkli). — Am Stochod auf der ganzen Front Artilleriefeuer und Infanteriekämpfe bis zum Sipa-Ufer.

Galizien: An der Front finden stellenweise Artilleriekämpfe statt. Auf dem äußersten linken Flügel kämpften wir gegen starke feindliche Nachhut in den Karpaten.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 4. Juli. (W. L. B.) Amtlicher Bericht. Besondere Nachrichten bestätigen die Heftigkeit der am 2. Juli an den Nordhängen des Monte Pasubio gelieferten Kämpfe. Nach einer dreitägigen nachdrücklichen Artilleriebeschleßung seitens des Gegners warf dieser bedeutende Streitkräfte zum Angriff vor. Unsere tapferen Infanterie, die von dem Feuer unserer Artillerie wirksam unterstützt wurde, unternahm mehrere Male Gegenangriffe mit dem Bajonett und fügte dabei dem Feinde schwere Verluste zu. Im Verlaufe des gestrigen Tages kam es an der ganzen Front zwischen Eisch und Brenta zu einem kräftigen Zweikampf der beiderseitigen Artillerien und zu Teilkämpfen der Infanterie. Im Posinatol vervollständigten wir die Befestigung des Monte Calgari. Wir brachten 132 Gefangene und eine reiche Beute an Waffen und Munition ein. Auf der Höhe von Schleggen verstärkten vorgeschobene Abteilungen ihre Stellung auf dem Nordhang des Asfatales und wiesen einen feindlichen Gegenangriff ab. Im Campetale (Pasobach und Brenta) vertrieben wir feindliche Abteilungen, die sich in den Felsen der Prima Lunetta und des Cengello stark verchanzt hatten. Unsere Soldaten brachten 106 Gefangene und ein Maschinengewehr ein. In den Hochtalern des Voite und Gut kräftige Artillerietätigkeit. Auf dem Karst kam es abermals zu einem heftigen Kampfe im Abschnitt von Ronfalcone. Unsere Truppen nahmen im Sturm weitere Schützengräben und machten 881 Gefangene, darunter einen Bataillonskommandeur und acht andere Offiziere. Ein österreichisches Flugzeug wurde gestern von unserer Artillerie auf der Höhe von Schleggen abgeschossen. Seine Insassen wurden zu Gefangenen gemacht.

Cadorna.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 5. Juli. (W. L. B.) Bericht des Hauptquartiers.

An der Trakfront keine Veränderung. Nachdem unsere Truppen die Russen in einem Kampfe geschlagen hatten, der in ihren besetzten Stellungen westlich von Kermanischab bis in die Nacht dauerte, drangen sie morgens in die Stadt ein. Die Ereignisse spielten sich seit dem 29. Juni folgendermaßen ab:

Am 29. Juni war festgestellt worden, daß die Russen entschlossen waren, sich mit allen Kräften in der Ortschaft Nahdeschak zu verteidigen. Aber infolge der Verfolgung unserer Truppen und der schnellen Wirkung unserer Umfassungskräfte konnte der Feind sich dort nicht halten. Er trat unter dem Schutze seiner Nachhut, die er dort ließ, den Rückzug in vorbereitete Stellungen westlich von Kermanischab an. Als am 30. Juni die Nachhut des Feindes zurückgewichen war, zogen unsere Truppen in Nahdeschak ein und nahmen alsbald die Verfolgung der russischen Streitkräfte auf. Am Nachmittag wurde der in den besetzten Stellungen westlich von Kermanischab sich haltende Feind in der Front und in der Flanke bedrängt und in einen Kampf verwickelt, der bis in die Nacht dauerte. Schließlich mußten die Russen in der Nacht zum 1. Juli ihre Stellungen vollständig aufgeben und sich in die Stadt Kermanischab zurückziehen. Am frühen Morgen drangen unsere Truppen, ohne dem Feinde Zeit zu lassen, einen Straßenkampf zu liefern, in drei Abteilungen in die Stadt ein, aus der sie den Feind zu stützen zwangen. So haben unsere Truppen trotz des sehr schwierigen Geländes, auf dem die Ereignisse sich abspielten, trotz der Entfernung von 200 Kilometern von der Grenze bis Kermanischab ohne Straßen mit Verpflegungs- möglichkeiten und ohne dem Feinde einen Augenblick Ruhe zu gönnen, seinen hartnäckigen Widerstand gebrochen, den er an jeder Stelle leistete, die nur die geringste Aussicht auf Erfolg bot. Sie haben mit großer Ausdauer allen Schwierigkeiten, die sich vor ihnen aufstürzten, Trost geboten, und haben mit Erfolg das eine Ziel verfolgt, der Willkür des Feindes in diesen Gegenden ein Ende zu machen.

Auf der Kaukasusfront in den Abschnitten des rechten Flügels und im Zentrum kein Ereignis. Im Tschorukabschnitt örtlicher Feuerkampf. Im Abschnitt nördlich des Tschoruk wurde der Feind infolge eines glücklich ausgeführten Ueberrassungsangriffes eines Teiles unserer Truppen auf sein Zentrum aus seinen Stellungen hinausgeworfen. Wir erbeuteten dabei zwei Maschinengewehre und sechs Geschütze. Sonst nichts von Bedeutung.

Die Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 5. Juli. (W. L. B.) Mitteilung des Kriegsamtes. General Smuts berichtet: Generalmajor von Dewenter, der am 24. Juni den Feind verfolgte und aus allen vorbereiteten Stellungen im Raum von Kondea Ipanji vertrieben hatte, verfolgt ihn jetzt gegen die Zentraleisenbahn hin. Westlich von Viktoriasee haben unsere Kräfte Duloba besetzt und das Gebiet von Karogwe gesichert.

Eine Rede Briands.

Paris, 5. Juli. (B. L. W.) Ministerpräsident Briand hat in der amerikanischen Handelskammer bei der gestrigen Feier des Unabhängigkeitstages eine Rede gehalten, in welcher er sagte: „Vom Beginn der Prüfung an, in welche verbretterischer Ehrgeiz die Welt gestürzt hat, hat die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten erkannt, wer die heilige Sache der Völker und der Freiheit verteidigt. Die Amerikaner haben sich tray übertriebenen Beschreibe der Propagandisten auf die Seite der Freiheit gestellt. Die Söhne der amerikanischen Revolution fühlten, daß der gegenwärtige Kampf ein letzter und fürchterlicher Ausdruck des Streites zwischen Freiheit und Tyrannei ist: mit Blut schreiben die Väter die Befreiungs-urkunde für die Welt.“

Französischer Kredit in Amerika.

London, 5. Juli. (B. L. W.) Der „Daily Telegraph“ meldet aus New York vom 4. Juli: Die Verhandlungen über einen französischen Kredit von hundert Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten sind zum erfolgreichen Abschluß gebracht worden. Es ist eine Finanzgesellschaft von kapitalkräftigen, den Ententemächten angehörenden Bankfirmen hier gegründet worden. Diese Gesellschaft wird dem Vernehmen nach als eine nichtamtliche Stelle ihre Tätigkeit ausüben und durch sie kann die französische Regierung ihre flüssig gemachten Sicherheiten neutraler Länder verwerten. Die Finanzgesellschaft wird nach Empfang der erwähnten Sicherheiten als Unterlage für den Kredit sich selbst bezahlt machen und durch den Verkauf ihrer eigenen Schuldverschreibungen, für welche eben dieselben Sicherheiten das Unterpfand bilden werden.

Der Umstand, daß die englische Regierung die flüssig gemachten amerikanischen Wertpapiere ohne ernstliche Störung der hiesigen Märkte abgestoßen hat, bildet in Bankkreisen den Gegenstand sehr günstiger Besprechungen.

Die Volksmeinung in Frankreich über den Krieg 1870 und heute.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Die „Revue de deux Mondes“ beginnt in ihrem Heft vom 15. Juni die Veröffentlichung eines bisher ungedruckten Briefwechsels von Thiers während des Krieges von 1870/71. In einem Brief von Duvergier de Lauranne an Thiers vom 27. Oktober 1870 findet sich eine Stelle, von der der Herausgeber des Briefwechsels einleitend sagt: „Herr Duvergier de Lauranne verzeichnet die auf dem Lande verbreitete Stimmung und erwähnt sonderbare Gerüchte, — die man in unseren Tagen unter den verschiedensten Formen wiedererkennen gesehen hat.“

Diese Bemerkung gibt den folgenden Sätzen, auf die sie Bezug hat, ein besonderes Interesse:

„Vielleicht hätte ich die Reise nach Tours gemacht, um Ihnen die Hand zu drücken, wäre ich nicht hier (der Brief ist aus Herrys im Dep. Cher datiert. D. Red.) durch die Stupidität unserer Vauern festgehalten, die stief und fest glauben, daß es die Feinde des Kaisers sind, die daran verzweifeln, ihn aus eigener Kraft stürzen zu können, die Preußen zu Hilfe gerufen haben und sie auch heute noch mit Geld und Bewehrungen versorgen. Fügen Sie die Demokraten von Chartre-sur-Loire hinzu, die nicht minder widersinnig als Freunde der Preußen jene bezeichnen, die in den Schlössern wohnen.“

Deutet man die Briefstelle, deren Gültigkeit für den gegenwärtigen Krieg durch die konservative „Revue“ bestätigt wird, den heutigen politischen Verhältnissen entsprechend um, so ergibt sich sehr klar, welcher Art die Gerüchte waren, die „unter den verschiedensten Formen“ während des Weltkriegs in Frankreich aufgetaucht sind. Diesmal wie damals waren es die Feinde des bestehenden politischen Systems, die von den Bauern, denen die Verwundungen der Alltagspolitik dunkel bleiben mußten, der Anzettelung des Krieges verdächtigt wurden. Nur war diesmal nicht das Kaiserreich, sondern die Republik das herrschende System und so fiel der Verdacht notwendig auf die Antirepublikaner, vor allem die Royalisten. So gar „stupid“ ist aber diese Meinung nicht, wenn sie gleich die Zusammenhänge höchst naiv vereinfacht. Daß die liberal-monarchistischen Offizierskreise den Nationalismus und den Militarismus gefördert haben, war vor dem Kriege allbekannt, und nicht bei unwissenden Landleuten, sondern im politisierenden Paris war die Anschauung stark verbreitet, daß den Desperados des Jungroyalismus eine militärische Niederlage der Republik, die die Wiederaufrichtung des Königtums möglich machen könnte, nicht gar so schrecklich sein würde. Ueberdies traf aber diesmal der Verdacht gegen die Gegner der Republik mit dem Mißtrauen gegen jene, die in den Schlössern wohnen“, zusammen — denn es sind ja die Schloßherren und ihre Söhne, die den Kern der royalistischen Aktionspartei bilden. Der soziale Haß der Landleute gegen die Schloßherren ist aber mit Ueberlieferungen der Bauernhebung in der Revolutionszeit in manchen Teilen Frankreichs, besonders im Centre, wo in der Landwirtschaft das Verelendungsstadium der Halbpaacht vorherrscht, sehr lebendig. Der Schreiber dieser Zeilen erinnert sich noch, wie ihm wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges auf einer Fahrt durch das Nachbardepartement des Cher sein Gefährte, ein früherer sozialistischer Deputierter vom Stabe Jules Guesdes, sagte: „Sobald der Krieg ausbricht, gehen hier in der ganzen Gegend die Schloßherren in Flammen auf.“ — Der Exdeputierte hat sich seither zu den eifrigsten Regierungsozialisten geschlagen und seine Prophezeiungen waren also nicht das einzige Unzuverlässige an ihm. Aber die Bemerkung in der „Revue de deux Mondes“ läßt vermuten, daß er die Grundstimmung der sehr demokratischen und sehr kriegsfeindlichen Bauern Mittelfrankreichs im ganzen damals doch gekennzeichnet hat. O. P.

Turati bei Orlando.

Genosse Turati wurde vor einigen Tagen von dem italienischen Minister des Innern Orlando empfangen, der eine längere Unterredung über wichtige politische Fragen mit ihm hatte. An diesen Besuch, der in Italien großes Aufsehen erregte, haben besonders die bürgerlichen Blätter phantastische Kommentare über eine „Reorientierung“ der von der sozialistischen Partei bisher eingehaltenen Politik gedrückt. In der Nummer vom 25. Juni tritt der „Avanti“ all diesen falschen Gerüchten auf Grund genauer Angaben, die er über den Inhalt der Unterredung zu machen in der Lage ist, energisch entgegen. Das Gespräch habe sich lediglich um die Frage der Internationierung und um die Handhabung der politischen Zensur gedreht. Orlando habe Turati eine nochmalige Prüfung dieser beiden Angelegenheiten in Aussicht gestellt und gewisse Zusicherungen über die Abstellung von Mißständen gegeben, soweit diese mit der sogenannten Staatsraison vereinbar sei. Schließlich habe Turati noch einige Beschwerden über die ungeredete und willkürliche Behandlung der Presse vorgebracht. Was insbesondere die Frage der politischen Zensur anlangt, so scheint diese Unterredung bereits die wohlthätige Folge gehabt zu haben, daß zunächst in Rom alle ehemaligen Zensoren entlassen und durch neue ersetzt worden sind.

Diese Vorgänge haben die bürgerliche Presse in große Erregung versetzt. Insbesondere zeigt sich der „Corriere della Sera“ sehr aufgebracht. „Warum unterhalten sich die Minister immer nur mit unseren Oesterreichern?“, so fragt er. „Warum nehmen sie stets nur den Rat der Umstürzler in Fragen der politischen Zensur an? Ja, was ist eigentlich diese politische Zensur? Wie darf man ungehindert den nationalen Krieg schmäheln. Propaganda für einen Frieden um jeden Preis machen, die Motive bereinigen, die den Krieg beschloffen haben, diskreditieren, die Meinung verbreiten, daß er keiner äußersten Notwendigkeit, sondern der Laune der Regierenden und den niedrigsten Interessen bestimmter Kreise entsprang? Ist mit der politischen Zensur etwa die Zensur gemeint, die besteht war, diese verderbliche Propaganda einzudämmen und zu unterbinden?“ Auf diesen Angriff antwortet der „Avanti“ mit der Gegenfrage: Soll es statt dessen erlaubt sein, alle möglichen wilden Gerüchte in Umlauf zu setzen, Haß und Groll zwischen den Völkern zu säen, die Parteien zu schwächen, ihre Motive und Absichten zu fälschen und zu entstellen, die dumpfen Volkselemente aufzuheizen? Ist es etwa die politische Zensur, die nie den geringsten Versuch gemacht hat, diese verderblichen Propaganda Einhalt zu gebieten und wünscht der „Corriere“ diese selbe Zensur aufrechtzuerhalten? Auf jeden Fall, fährt der „Avanti“ fort, können wir dem „Corriere“ versichern, daß wir uns nie in Kompromisse einlassen werden, die seinen oder den Befehl des Ministeriums finden werden. Schlechter vom Krieg und weniger schlecht vom Ministerium zu sprechen — das ist nicht erst seit heute, sondern vom ersten Anbeginn des europäischen Krieges das Programm der italienischen Sozialisten gewesen. Ihre Doktrin lehrt sie die geschichtlichen Tatsachen von den handelnden Personen zu trennen und die Verantwortlichkeit für die Ereignisse nicht diesem oder jenem der repräsentativen Persönlichkeiten, sondern der gesamten herrschenden Klasse und dem ganzen System aufzuerlegen. Der „Corriere“ könne versichert sein, daß die Sozialdemokratie, wenn sie einst mit ihrer großen Anklage gegen die Schuldigen hervortreten werde, nicht ganz so unerbittlich gegen den Herzogsfreund des „Corriere“ Antonio Salandra sein werde, als gegen die, die im Finstern und im Schatten geboren, die Mienen gelegt hätten, und der „Corriere“ wisse selbst am besten, wer diese seien. — Diese Sprache, die der „Avanti“ gegen die Regierung und ihre Presse führt, noch mehr aber die Vorgänge, gegen die sie nun die Angriffe der liberalen Presse richten, zeigen recht anschaulich das Gewicht und den politischen Einfluß, den sich die italienische Partei eben infolge ihrer grundsätzlichen ablehnenden Haltung — oder wie Kolb oder Peus sagen würden — infolge ihrer „unfruchtbareren Negation“ erworben hat. Da diese Erkenntnis des Zusammenhangs zwischen Staats- und Parteipolitik in den Kreisen der Reichspolitiker aller Länder abhandeln gekommen zu sein scheint, sind die Vorgänge in Italien auch parteiaktuell von großem Interesse.

Politische Uebersicht.

Für den verschärften U-Boot-Krieg.

Die rechtsstehende Presse sucht die Befestigung der Londoner Deklaration durch England zu einer Propaganda für den verschärften U-Boot-Krieg auszunutzen. Weil England gewisse Rücksichten auf den Handel der Neutralen nicht mehr nehmen will, hält diese Presse es für zweckmäßig und zulässig, daß auch Deutschland noch weitergehende Rücksichten völlig außer acht läßt. So schreibt z. B. die „Post“: „Damit erhalten wir den vollen Freibrief zur rücksichtslosen Anwendung aller uns zur Verfügung stehenden Kriegsmittel und zwar auch insoweit, als sonst Rücksichten der Rücksichtlichkeit deren Anwendung verhindern oder einschränken würden... Dieses Ziel beschleunigter Beendigung des Weltkrieges läßt für uns zusammen mit dem Ziel der Befestigung unserer Gegner.“

Aus dieser sorgfältigen Agitation ergeben sich von neuem Gefahren, die durch die letzte U-Boot-Note der Regierung gerade erst gebannt worden sind. Wenn die „Post“ schließlich noch dazu auffordert, daß die Presse beitragen soll, diese Propaganda zu fördern und der Regierung „den Rücken zu steifen bei einer rücksichtslosen Anwendung aller Kriegsmittel“, so erklären wir uns damit einverstanden, daß der rechtsstehenden Presse die Möglichkeit größerer Bewegungsfreiheit in dieser Richtung gegeben wird. Aber mit ebenso großer Entschiedenheit und Nachdruck fordern wir auch für uns die Freiheit, dieser gefährlichen Propaganda mit aller Schärfe entgegenzutreten zu können. (2)

Fortgesetzte Propaganda.

Die „Kreuzzeitung“ äussert zustimmend folgende Ausführungen des „Badler Anzeigers“: „In politischem Sinne haben Annektionen für die innere Politik eines Landes unter Umständen bedenkliche Folgen, weil durch sie unter allen Umständen auch eine Opposition gestärkt und gestiftet wird, die in ihren Tendenzen staatsfeindlich sein kann, oder es kann eine Opposition, die noch nicht staatsfeindlich war, dadurch schließlich staatsfeindlich werden, also eine immerhin sehr zu überlegende Sache. Es kann dahin kommen, daß man zwar Bauern um den eigenen Staat aufgeführt, aber dafür die innere Geschlossenheit verloren hat. Dem kann aber durch die Schaffung des sogenannten Untertanenlandes entgegenzuwirken werden in Gebieten, wo eine solche staatsfeindliche Tendenz erwartet werden kann. Die Kolonien der Großmächte, ja selbst Irland im britischen Imperium, sind im Grunde nichts anderes als Untertanenländer im Stills der alten Eidgenossen. Wirtschaftlich wird der siegreiche Staat immer darauf sehen müssen, sich in erster Linie solche Gebiete anzueignen, aus denen er das ihm fehlende erzeugen kann. Gerade dieser Krieg zeigt ja, wie wichtig für die schließliche Entscheidung die in sich geschlossene Wirtschaft ist. Ein siegreicher Industriestaat wird also darauf trachten müssen, sich solche Gebiete zu erwerben, aus denen er die mangelnden Feldprodukte und womöglich auch Rohstoffe beziehen kann, ein Ackerbaustaat wird auf solche Gebiete achten, in denen er die ihm fehlende Industrie vorfindet oder einrichten kann. Gerade das Streben nach der geschlossenen Wirtschaft, das dieser Krieg neu erweckt haben muß, wird mehr denn je zu Annektionen führen, zu Annektionen zwingen, ganz besonders deshalb, weil auch die See einem Teile der Kriegsführenden verschlossen war. Das muß gerade diese dazu zwingen, das, was sie über See nicht erhalten können, in ihrer Nähe zu holen, wenn es durch Bündnisse und wirtschaftliche Abmachungen nicht möglich ist, eben durch Annektionen.“ (2)

Die Kriegsziele der Wirtschaftsverbände.

Der „Lokal-Anzeiger“ bringt folgende Feststellung: „Von den sechs Wirtschaftsverbänden, die seinerzeit dem Reichskanzler eine Denkschrift über die Friedensziele eingereicht haben, nämlich dem Bund der Landwirte, dem Deutschen Bauernbund, dem Vorort Christlicher deutscher Bauernvereine, dem Zentralverband deutscher Industrieller, dem Bunde der Industriellen und dem Reichsdeutschen Mittelstandsverband, ist, wie festgestellt wird, die Denkschrift unter sich beraten worden, ohne Hinzuziehung weiterer Verbände und ohne an irgend jemand eine Aufforderung zur Zahlung eines Beitrages zu richten.“

Daß die Eingabe der sechs Verbände von ihnen allein beschlossen und abgesandt worden ist, hat unseres Wissens niemand bestritten.

In Veröffentlichungen der „Deutschen Tageszeitung“ ist dagegen bestätigt worden, daß von einer den Unterzeichnern sehr nahestehenden Stelle eine lebhaft propagandistische zugunsten der in jener Eingabe aufgestellten Kriegszieleforderungen entfaltete worden ist.

Neues Bauernland.

Wenn man der „Deutschen Tageszeitung“ glauben würde, hätten in Deutschland die „Flaumacher“ völlig freies Spiel und nur die Freunde einer Machterweiterung Deutschlands wären in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Wie es in Wirklichkeit liegt, wollen wir nicht weiter unteruchen und nur feststellen, daß die Bestrebungen auf einen Machterwerb Deutschlands bei Friedensschluß in der Presse sehr konkreten Ausdruck finden können. Erst dieser Tage wieder hat der „Reichsbote“ einen Artikel veröffentlicht, in dem die Gründe für die angebliche Notwendigkeit, neues Bauernland jenseits unserer bisherigen östlichen Grenzen zu erwerben, sehr ausführlich dargelegt werden. Wir verzichten darauf, diese Ausführungen im einzelnen zu widerlegen. (2)

Generalsekretär Bued gestorben.

Der langjährige Geschäftsführer des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Henry Axel Bued, ist im 86. Lebensjahre verstorben. Bued ist bekannt geworden als eifriger Vertreter des „Schutzes der nationalen Arbeit“ und durch seinen Kampf gegen sozialpolitische Forderungen. Es ist uns in der gegenwärtigen Zeit des „Bürgerfriedens“ nicht möglich, die Auffassungen und die Arbeit des Verstorbenen zu würdigen. Wir beschränken uns daher darauf, aus dem Nachruf der „Berliner Politischen Nachrichten“ folgendes mitzutheilen:

„Von der Landwirtschaft kommt, der er bis zum 40. Lebensjahr seine Kräfte gewidmet hatte, warf er sich an die Seite seines alten, ihm im Tode vorausgegangenem Freundes Kardorf entschlossen „gegen den Strom“ der herrschenden Wirtschaftsrichtung und verfocht mit ihm siegreich den Gedanken des Schutzes der nationalen Arbeit in Stadt und Land. Beide sind die Vorkämpfer der „Holl- und Wirtschaftspolitik“ des Fürsten Bismarck... In jahrzehntelanger Tätigkeit, zuerst an der Spitze des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ und der „Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“, dann seit Oktober 1897 bis Ende 1910 als Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller hat H. A. Bued in diesem Geiste gewirkt. Als Bued am 9. Dezember 1910 zum letzten Male den Geschäftsbericht in der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller erstattete... da waren es vor allem zwei Zukunftsaufgaben, auf die der große Vorkämpfer deutscher Wirtschaft und Wirtschaftsmacht mahndend hinwies: die Interessengemeinschaft von Landwirtschaft und Industrie und der feste einheitliche Zusammenschluß aller Richtungen der deutschen industriellen Arbeit.“

Die Polenfraktion zur Parlamentarierfahrt nach Bulgarien.

Das preussische Herrenhausmitglied Fürst Drucki-Lubecki hat die Reise deutscher Parlamentarier nach Bulgarien mitgemacht und auf einem Bankett in Philippopol eine Rede gehalten. Dazu bemerkt der „Kurjer Pognanski“: „Da Fürst Drucki-Lubecki als Mitglied des Herrenhauses der preussischen Landtagsfraktion angehört, so sei hier festgestellt, daß der Fürst sich an dem parlamentarischen Ausfluge nach Bulgarien auf eigene Hand und ohne Wissen und Willen der Fraktion beteiligt hat.“

Das Oberpräsidium in Ostpreußen.

Wie verlautet, ist der Plan, das ostpreussische Oberpräsidium dauernd in den Händen des Präsidenten von Datoeli zu belassen, wegen seiner Ueberlastung durch die Leitung des Kriegsernährungsamtes endgültig fallen gelassen worden. Als Oberpräsident für Ostpreußen ist der bisherige Landeshauptmann von Berg in Aussicht genommen. Sein Nachfolger als Landeshauptmann dürfte der jetzige Landrat des Landkreises Königsberg von Krünne werden.

Lehrerinnen statt Lehrer.

Ein dauernder Erlaß der Lehrer durch Lehrerinnen an der Volksschule wird, der „Wostischen Zeitung“ zufolge, in einem neuen Erlaß des Unterrichtsministers empfohlen. An reinen Mädchen Schulen werden danach etwa zwei Drittel der Stellen mit Lehrerinnen besetzt, an gemischten je nach der Zahl der Schulklassen 1—3, an reinen Knabenschulen können Lehrerinnen angestellt werden.

Jüdische Lehrkräfte.

Vor einigen Tagen teilten wir mit, daß nach einem Bescheide des Breslauer Magistrats das Kultusministerium den Standpunkt vertritt, jüdische Lehrkräfte seien nur ausnahmsweise zur Vertretung christlicher Lehrer und Lehrerinnen heranzuziehen. Das „Tageblatt“ veröffentlicht jetzt folgendes Seitenstück, das aus der Berliner Schuldeputation stammt:

Schuldeputation. Berlin, 6. Oktober 1915.

Zum Schreiben vom 4. Oktober 1915.

Ihrem Gesuch um vertretungswise Beschäftigung im hiesigen Gemeindefachdienst vermögen wir nicht zu entsprechen, da unser Bedarf an jüdischen Lehrkräften gedeckt ist. Die Anlagen Ihres Gesuchs erhalten Sie anbei zurück.

Es handelt sich um das Gesuch einer jüdischen Lehrerin, wie das Datum zeigt, im fünfzehnten Kriegsmonat. Es wurden weisliche Hilfskräfte gesucht. Auf mündliche Rückfrage und Vorstellung erklärte der betreffende Dezernent das Verhalten des Magistrats damit, daß die seinerzeit vom Minister ergangenen Weisungen noch in Kraft und für die Städte bindend seien.

Eine gleiche Antwort und Motivierung wurde der Lehrerin auf eine Eingabe auch vom Schuldezernenten in Charlottenburg erteilt.

Letzte Nachrichten.

Die Kämpfe an der Somme.

London, 5. Juli. (B. L. W.) General Haig meldet: In der Gegend der Ancre und Somme dauerten die schweren Kämpfe die ganze Nacht durch an. Wir machten an gewissen wichtigen Punkten weitere Fortschritte. Das deutsche Artilleriefeuer war in gewissen Abschnitten der Front heftig. In der Umgegend von Thiepval wurden zwei energische Angriffe auf unsere neuen Laufgräben mit Verlusten für den Feind zurückgewiesen. An der übrigen Front nichts Wichtiges.

Zwischenfälle auf Mytilene.

Paris, 5. Juli. (B. L. W.) Habasmeldung. „Journal“ meldet aus Athen, daß sich ernsthafte Zwischenfälle in Mytilene ereignet hätten. Die französischen Truppen hätten die zwei gemäßigten Parteien verhindert, daß es zu Tötlichkeiten kam. Der Präfect wurde gezwungen, die Insel zu verlassen.

Die „Journal“ weiter meldet, hat ein einzelnes Schiff verlassen, um sich in Tuzra zu erholen.

Bewerkschaftliches.

Amliche Statistik der Streiks und Aussperrungen.

Soeben ist das erste Heft der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Jahrgang 1916, erschienen. Es bringt auch das Ergebnis der amlichen Erhebungen über Streiks und Aussperrungen. Danach sind im vierten Vierteljahr 1915 29 Streiks begonnen worden, gegen 19 im vierten Vierteljahr 1914; 29 Streiks beendet worden, gegen 24 im Vorjahre; 33 Betriebe von den Streiks betroffen worden, gegen 25 im Vorjahre; 5 Betriebe zum völligen Stillstand gebracht, gegen 7 im Vorjahre; 18 335 Personen in den betroffenen Betrieben beschäftigt gewesen, gegen 4074 im Vorjahre.

Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden war 3468, gegen 1148 im Vorjahre; der gezwungen Feiernden war 1481, gegen 568 im Vorjahre.

Von den Streiks hatten 4 vollen Erfolg, gegen 5 im Vorjahre; 19 keinen Erfolg, gegen 16 im Vorjahre.

Aussperrungen fanden im vierten Vierteljahr 1915 nicht statt. In demselben Abschnitt des Vorjahres dagegen war noch eine Aussperrung, die zwar bereits vor dem 1. Oktober begonnen war, aber erst im vierten Vierteljahr beendet worden ist. Sie betraf einen Betrieb mit 24 beschäftigten Personen, von denen 14 ausgesperrt wurden. Die Aussperrung hatte vollen Erfolg.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung in der Berliner Zigarrenbranche.

Infolge zahlreicher Anfragen aus Arbeitgeber- und Kollegenkreisen diene folgendes zur Aufklärung.

Die Versammlung der Tabakarbeiter am 18. Juni beschloß, sich dem Beschluß der drei Tabakarbeiter-Verbände anzuschließen, welcher dahin geht, daß im ganzen Deutschen Reich die Forderung an die Herren Fabrikanten der Branche zu stellen ist, eine 25prozentige Lohnhöhung zu bewilligen. Die Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an:

„Die heutige Versammlung der Zigarren- und Sortiererbranche erklärt sich mit den von den drei Verbänden (Deutscher Tabakarbeiter, Christlicher und Hirsch-Dunderscher) aufgestellten Forderungen einverstanden; sie beauftragt die Ortsverwaltung, mit den Sektionsleitern die Anschriften, wie in den anderen Tabakbranchen, an die Zigarrenfabrikanten zu senden. Die Kollegen verpflichten sich ebenfalls, jetzt bei den Zigarrenfabrikanten die aufgestellten Forderungen zu stellen und dann dem Bureau sofort Mitteilung über den Erfolg zu machen.“

Wir sandten gleich an die Herren Fabrikanten die Forderung in einem Anschreiben. Hierbei ist es wohl möglich bei der großen Zahl von Kleinabnehmern, daß einige übersehen worden sind. An den Kollegen liegt es nun, bei allen Fabrikanten unversäglich die Forderung zu stellen und das Resultat sofort dem Bureau, Berlin C 54, Dragonerstr. 6a II mitzuteilen. Ebenso bitten wir die Herren Fabrikanten, nach hier Antwort auf unser Anschreiben zu geben.

Die Ortsverwaltung
des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Die Verhandlungen vor dem Kriegsausschuß für die Metallarbeiter Groß-Berlins wickeln sich in recht sachlicher Weise ab. Beschwerden wegen Verweigerung des Kriegsgelds werden vielfach begründet mit dem Hinweis, daß der Beschwerdeführer in anderen Betrieben einen besseren Verdienst erzielen kann. Für die Beurteilung der Sachlage ist von Bedeutung, ob es sich um Anfänger, um jugendliche Personen oder um Qualitätsarbeiter handelt. Vielfach wird erreicht, daß dem Antrage auf Erhöhung des Lohnes entsprochen wird. In manchen Fällen erfolgt eine Einigung dahingehend, in demselben Betriebe lohnendere Beschäftigung zu finden. Aus der letzten Sitzung seien aus der Fülle der Beschwerdefälle folgende hervorgehoben:

Die Einrichter und Werkzeugmacher der Firma R. u. S. wollen einen Kriegsgeld, da sie mit ihrem Wunsche nach Lohn-erhöhung ihrer Meinung nach seitens der Firma nicht genügend Entgegenkommen gefunden haben. Es erfolgt eine Verständigung auf der Grundlage, daß sämtliche Werkzeugmacher und Einrichter sofort 4 Pf. Zulage pro Stunde erhalten, nach einer Woche weitere 2 Pf., nach drei Wochen wiederum 2 Pf., nach weiteren drei Wochen nochmals 2 Pf., so daß innerhalb sieben Wochen pro Stunde 10 Pf. Zulage gegeben werden.

Die Firma B. in Neutölln hatte einen Kriegsgeld ausgestellt auf dem ein unzulässiger Vermerk enthalten war. Der in Frage kommende Schloffer hatte durch den Vermerk Schwierigkeiten bei seinen Bemühungen nach anderweitiger Beschäftigung, und wird ihm ein anderer Kriegsgeld ausgestellt. Das Verhalten der Firma wird alsseitig als unzulässig bezeichnet.

Von der Metallgießerei R. wünschen die Bestoher B. und W. ihren Kriegsgeld, weil sie ihrer Meinung nach zu wenig Lohn bekommen. Es erfolgt eine Verständigung. Die Bestoher erhalten eine Zulage und erübrigt sich die Erteilung eines Kriegsgelds.

In einem Eisenwerk eines Vororts von Berlin wollten die dort beschäftigten Former, Schloffer und Klempner einen Kriegsgeld, da sie zu wenig Lohn haben. Nach längerer Verhandlung erfolgt eine Verständigung dahin, daß die Parteien im Betrieb nochmals verhandeln. Sollte hierbei keine Verständigung erzielt werden, wird in der nächsten Sitzung des Kriegsausschusses noch einmal beraten werden.

In der R. u. S. ist der Schloffer R. als Einrichter beschäftigt. Er möchte einen Kriegsgeld oder aber wieder als Schloffer arbeiten. Es wird verabredet, daß der Schloffer in einer anderen Abteilung als Schloffer beschäftigt wird, und erübrigt sich damit die Erteilung eines Kriegsgelds.

Von dem gleichen Betrieb erscheint der Dreher H., um einen Kriegsgeld zu bekommen. Der Grund war, daß er mit Rücksicht auf seine stark geschwächte Gesundheit in einem Betriebe arbeiten wollte, der mehr in der Nähe seiner Wohnung liegt. Da der Dreher durch Knieleiden nachweist, daß seine Gesundheit stark geschwächt ist, wird seinem Wunsche entsprochen und ein Kriegsgeld ausgestellt.

Von der gleichen Firma kam der Bobrer R. und wollte einen Kriegsgeld, da er in letzter Zeit viel aussetzen mußte, ohne daß die Zeit des Aussetzens bezahlt wurde. Es erfolgt eine Verständigung dahin, daß die bisherige Zeit des Aussetzens, soweit dies auf Verlangen der Firma geschehen ist, bezahlt wird, und ebenso auch in Zukunft verfahren werden soll. Damit erübrigt sich die Ausstellung eines Kriegsgelds.

Von der Firma Dr. R. ist der Präfer Ch. erschienen und will einen Kriegsgeld mit der Begründung, daß er als Kriegsverletzter mit Rücksicht auf seine stark angegriffenen Nerven das Geräusch der laufenden Maschinen nicht betragen kann. Ch. erhält keinen Kriegsgeld.

Bericht des Verbandes Märktischer Arbeitssuchweise.

Die Abspannung, die in den letzten Wochen in zunehmendem Maße auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten war, hat in der Vorwoche ihren Höhepunkt erreicht. In der Berichtswochen dagegen ist gegenüber der Vorwoche eine erhebliche Besserung der Arbeitsmarktverhältnisse festzustellen.

In der Metallindustrie hat sich die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften, wie aus dem Bericht des Arbeitssuchweises des Verbandes Berliner Metallindustrieller hervorgeht, gegenüber der Vorwoche sehr erhöht. Die Zahl der offenen Stellen stieg von 722 in der Vorwoche auf 1085 in der Berichtswochen, die der Vermittlungen von 504 auf 850, die Zahl der Stellensuchenden dagegen verminderte sich von 429 in der Vorwoche auf 399 in der Berichtswochen. Im Militärfahrzeugbau wurden Holzarbeiter und Schloffer stark nachgefragt. Ebenso ist in der Holzindustrie dauernd großer Bedarf an gelerntem Möbelschneidern. Auch in der Textilindustrie könnten noch männliche Arbeitskräfte Beschäftigung finden. Im Fleischergewerbe dagegen finden dauernd Entlassungen statt, da die Verhältnisse viele Meister zwingen, ihre Geschäfte zu schließen.

Auf dem Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte dauerte die schon in der Vorwoche einsetzende Besserung in der Berichtswochen weiter an. In der Metallindustrie wurden angelernte Metallarbeiterinnen stark nachgefragt. Auch konnten ziemlich erhebliche Vermittlungen nach auswärts bewerkstelligt werden. Während in der leichten Militärnäherie ein starker Rückgang zu verzeichnen war, hat sich die Beschäftigungsmöglichkeit in der Konfektion etwas gehoben. Im Nahrungsmittel- und Genussmittelgewerbe wurden in der Berichtswochen ebenfalls Arbeiterinnen stärker verlangt, da die Fischkonservenfabriken gut zu tun haben. Häusliche Dienstmädchen und Ausbühlpersonal wurden gleichfalls etwas stärker nachgefragt.

Bei den öffentlichen Arbeitssuchweisen Groß-Berlins betrug in der Berichtswochen die Zahl der vermittelten männlichen Stellen 2657 (1911*), die der weiblichen 2134 (1680*). An offenen Stellen waren für männliche Arbeitskräfte 3102 (2248*), für weibliche 2613 (2098*) vorhanden. Die Zahl der männlichen Arbeitssuchenden stellte sich auf 3382 (3792*), die der weiblichen auf 3567 (2955*).

Deutsches Reich.

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung wegen der Kriegsteuerung.

Die Stadt Freiburg i. B. gewährt eine Ergänzungunterstützung zu den Sätzen der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Sie hat jetzt infolge der Steuerung eine Erhöhung dieser Unterstüzung beschlossen, und zwar für die ledigen Arbeiter von 70 auf 90 Pf. pro Tag, für ein Ehepaar von 70 Pf. auf 140 Mk. für jedes Kind unter 15 Jahren von 10 auf 20 Pf.; ferner die Gewährung von Barunterstützung an die arbeitslos werdenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Schokolade- und Zuckermwarenindustrie.

Aus der Partei.

Erklärung.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ behauptet, ich hätte in Braunschweig die Verhandlungen mit dem Braunschweiger Parteiuernehmen wegen Übernahme des Druckauftrages für ein neues Jugendorgan geführt. Das Wochenblatt „Volksblatt“ veröffentlicht eine ähnliche Notiz, wonach ich der Druckerei des Braunschweiger „Volksfreundes“ den Druckauftrag für das neue Blatt überwiefen haben soll. Diese Mitteilungen sind un w a h r. Ebenso weis ich nichts davon, daß ich, wie das Wochenblatt „Volksblatt“ behauptet, als zukünftiger Redakteur der neuen Jugendzeitung aus-ersehen sein soll. Bisher hat mich niemand darum ersucht.

Berlin, den 5. Juli 1916.

Ernst Meyer.

Aus den Organisationen.

Die Kreisgeneralversammlung für den zweiten württembergischen Wahlkreis (Cannstatt-Ludwigsburg), die von 57 Delegierten aus 25 Ortsvereinen besucht war, nahm ein Referat des Abgeordneten Keil über die politische Lage und die

*) Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die Vorwoche.

Tätigkeit der Reichstagsfraktion entgegen und bestätigte auf neue mit allen gegen zwei Stimmen die von der vorjährigen Reichstagsversammlung beschlossene Resolution, daß die Haltung der Reichstagsfraktion zu den kriegspolitischen Fragen im Interesse des deutschen Volkes und insbesondere der Arbeiter richtig und geboten war. Die Verammlung brachte zum Ausdruck, daß sich nichts ereignet habe, was eine Änderung in der bisherigen Politik der Fraktion notwendig mache.

Totenliste der Partei.

Unser Leipziger Parteiblatt teilt mit, daß am Dienstag in Leipzig auf dem Südfriedhof der frühere „Korrespondent“ und spätere „Buchdruckerwacht“-Redakteur Artur Gajsch zur letzten und wohlverdienten Ruhe gedettet wurde. Den jüngeren Genossen ist Gajsch unbekannt, doch den älteren um so bekannter, stand er doch in den neunziger Jahren im heftigsten Meinungsstreit um die gewerkschaftliche Taktik im Vordergrund. Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen im Buchdruckerverbande. Gajsch wurde schließlich im Jahre 1896 aus der Redaktion entfernt und leitete dann einige Zeit die von der Opposition ins Leben gerufene „Buchdruckerwacht“. Später betrieb Gajsch eine Buchhandlung und siedelte schließlich nach Basel über. Im vorigen Jahre kehrte er nach Leipzig zurück, nachdem sein Geschäft, das er von Basel nach St. Ludwig i. Elsaß verlegt hatte, durch den Krieg nahezu zugrunde gerichtet war. Bald erkrankte er schwer, und nun hat ihn der Tod von seinem Leiden erlöst. Sein ganzes Leben hat Gajsch dem Aufstieg der Arbeiterklasse gewidmet und hatte, das erkennen selbst seine Gegner an, seine reichen Gaben mit Erfolg eingelegt.

Aus der amerikanischen Partei.

Am 30. Mai tagte in Newark der Parteitag der Organisationen der sozialistischen Partei des nordamerikanischen Staates New Jersey. Einstimmig erhob er zu seinen leitenden Grundfragen die Beschlüsse der Rientaler Konferenz und nahm Stellung auch zu den Rüstungsfragen in Amerika.

Aus Industrie und Handel.

Interessengemeinschaft deutscher Zigarettenfabriken in Berlin.

Wie die in diesen Tagen gegründete Vereinigung mitteilt, verbietet die Interessengemeinschaft ihren Mitgliedern jegliches Ueberhandvertrieben über die für die betreffende Marke dem Fabrikpreis und festgesetzten Kleinverkaufspreis entsprechende Festsetzung. Die Interessengemeinschaft verpflichtet ferner ihre Mitglieder, die durch die neue Steuer notwendige Regelung in gleichmäßiger Weise vorzunehmen. Ferner übernimmt die I. D. Z. eine Regelung der Verhältnisse zwischen Fabrikanten und Händlern. Die Fabriken, die sich vorläufig der I. D. Z. angeschlossen haben, umfassen etwa 70 Proz. des Gesamtcontingents.

Die Gründe für das Zwangs Syndikat.

Ueber den Grund, der zur Zwangsregelung in der Zementindustrie führte, kann die „Frankf. Ztg.“ mitteilen, daß von verschiedenen Fabriken innerhalb der Norddeutschen Zementverbände die bestehenden Verbandsverträge gelündigt haben, so daß die „Gesamtheit“ eines Auseinanderfallens der Verbände bestand. Dieser Umstand hat die Zentralvereinigung der Zementwerke in Berlin veranlaßt, bei der Regierung wegen Ergreifung von „Schutzmaßnahmen“ vorstellig zu werden und als Niederschlag dieser Vorstellungen ist die erwähnte Bundesratsverordnung anzusehen. Von den bestehenden Zementwerken wird die Maßnahme naturgemäß lebhaft begrüßt, weil sie geeignet ist, ihren inneren Wert wesentlich zu steigern. Vermutlich werden Versuche unter dem Schutze der Regierungsmahnahmen, sie zu einem Allgemeinen deutschen Verband, besonders einen solchen für Norddeutschland, heranzuziehen, unternommen. In Süddeutschland ist der Zementverband, die süddeutsche Zementverkaufsstelle, durchaus fest gefügt und die Gefahr eines Auseinanderfallens nicht vorhanden. Die Maßnahmen der Regierung, im Verein mit den in letzter Zeit beschlossenen Preisserhöhungen dürften geeignet sein, einem weiteren Rückgang der Rentabilitäten der Zementwerke Einhalt zu tun.

Kriegs-„Ersparnisse“.

Nach der „Spartasse“ hat sich die Zahl der Sparlaffenbücher im zweiten Kriegsjahr in einer Weise vermehrt, die selbst in Friedenszeiten noch niemals erreicht worden ist. Die Einzahlungen haben im Jahre 1915 einen Ueberschuß über die Rückzahlungen in Höhe von 2 1/2 Milliarden Mark ergeben. Der gesamte Kapitalzuwachs dürfte sich auf 3 1/2 Milliarden Mark stellen. Eine Umfrage, die sich nur auf Sparlaffen in großen Städten und Industriegebieten erstreckte, hat ergeben, daß bei ihnen die Zahl der Sparlaffenbücher von 5,99 Millionen Stück Ende 1914 auf 6,28 Millionen Stück Ende 1915, also um 288 000 Bücher oder 4,7 Proz. gewachsen ist. Auch auf dem Lande dürfte eine starke Zunahme erfolgt sein.

Eingegangene Druckschriften.

Die Champagne-Hebischtschlacht. Bearbeitet und herausgegeben vom Armeekorpskommando 3. 60 Pf., geb. 140 Mk. — Der Gefechtsfeld und Meeres Hofe. Militär-Gemorellen von Freiherrn v. Schlich. Einzelbänden 1 Mk. Langen, München.
Die Tat. Monatschrift für die Zukunft deutscher Kultur. Heft 4. Viertel. 350 Pf. E. Dieberichs, Jena.
Ginnland im Lichte des Weltkrieges. Von F. Wetterhoff. 21 S. J. Sittenfeld, Berlin.
Mesopotamien, das Land der Zukunft. Von einem deutschen Volkswirt. R. Reischel, Berlin W. 57.
Der Krieg 1914/16 in Wort und Bild. Heft 84—86. Jede Woche ein Heft. 30 Pf. Bong u. Co., Berlin W. 57.

In die Reise

Leinenschuhe
 Berg- & Touren-Stiefel
 Farbiges Stiefel-Sandalen
 Kinder-Stiefel

Größte Auswahl • Niedrigst bemessene Preise!!!

Das tägliche Brot.

Aufhebung der Höchstpreise für Heu.

Durch eine Bekanntmachung des Reichskanzlers sind die durch Bundesratsverordnung vom 2. Februar d. J. festgesetzten Höchstpreise für Heu aufgehoben worden und nur noch hinsichtlich des Heues aus der Ernte 1915 aufrecht erhalten, das nach der Bundesratsverordnung vom 11. Mai 1916 an das Heer zu liefern ist. Die Aufhebung der Höchstpreise ist um deswillen erfolgt, weil die im Gange befindliche Heuernte aller Voraussicht nach sehr ergiebig sein wird, so daß die auf eine Knappheit an Heu zugeschnittenen Höchstpreise nicht mehr berechtigt erscheinen. Selbstverständlich wird erwartet, daß die Preise nunmehr bald erheblich unter die bisherigen Höchstpreise sinken werden. Sollte sich diese Annahme als unzutreffend erweisen, so wird es sich nicht vermeiden lassen, daß von neuem Höchstpreise festgesetzt werden, die wesentlich niedriger als die bisher bestehenden Höchstpreise sein würden.

Uns erscheint es zweckmäßiger, sofort niedrige Höchstpreise für Heu festzusetzen, und nicht erst auf den guten Willen der Produzenten zu warten.

Die Reise-Brotstefte.

Seider haben die Verhandlungen über eine einheitliche Reichsbrotkarte noch zu keinem erfolgreichen Resultat geführt. Jedoch haben einzelne Bundesstaaten, wie Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, sowie das Reichsland Elsaß-Lothringen bereits eine Landesbrotkarte eingeführt und die Gültigkeit der von ihnen ausgegebenen Landesbrotmarken wechselseitig anerkannt. In Preußen ist man zunächst nur zu einem Reise-Brotstefte gekommen, das eingeführt werden soll. Die Bestimmungen hierüber liegen nunmehr vor. Jedes Reise-Brotstefte enthält 40 Reise-Brotmarken, von denen je 20 auf 40 und je 20 auf 10 Gramm Brot lauten. 250 Gramm stellen den zulässigen Tagesverbrauch dar. Der Bezahler eines Reise-Brotstestes kommt also in Besitz von Bezugscheinen für vier Tage. Die Einlösung dieser Bezugscheine ist an eine bestimmte Zeit nicht gebunden. Auf einen längeren Zeitabschnitt als drei Wochen sollen jedoch Reise-Brotstefte nicht verabsolgt werden. Reisende, die über drei Wochen hin von ihrem Heimatort abwesend sein wollen, müssen sich, wie bisher, einen Brotkartenabmeldebchein beschaffen. Die örtlichen Tagesbrotkarten für Reisende kommen in Begleit. — Die Kommunalverbände sind ersucht worden, ihrerseits unverzüglich die notwendigen Anordnungen zu erlassen, ihren vorausschicklichen Monatsbedarf an Reise-Brotsteften anzugeben und die Reise-Brotstefte selbst bei der Zentralstelle, dem Preussischen Landesgetreideamt, anzufordern.

Austausch von Lebensmittelkarten?

Prof. W. H. G. J. schreibt im „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“:

„Es muß in Rücksicht gezogen werden, daß die Konsumgewohnheiten der Bevölkerungsklassen vor dem Kriege keineswegs einheitlich waren und es auch jetzt nicht sind. Man hat dieser Tatsache gelegentlich Rechnung getragen, so z. B. durch die Prozulagen für die schwerarbeitende Bevölkerung; aber eine planmäßige Durchbildung dieses Gedankens ist bisher nirgends zu finden. So erleben wir denn Erscheinungen wie die, daß zwar Fleisch, Wild usw. vorhanden ist, die ärmere Bevölkerung es aber nicht kaufen will, weil sie nach ihren Lebensgewohnheiten und ihren Geldmitteln Brot oder Kartoffeln vorzieht, die reichere Bevölkerung es aber nicht kaufen darf, und deshalb ihr Brot- oder Kartoffelquantum voll in Anspruch nehmen muß, weil sie doch schließlich auch sich ernähren muß. (Ähnlich lag es mit dem „holländischen Speisefett“, das eine Zeitlang zu hohen Preisen in westlichen Städten zu kaufen war; als der Verkauf verboten wurde, mußten die wohlhabenden Leute nun ihre Butter- und Fettration voll ausnützen, die sonst zum Teil für die ärmeren Schichten verfügbar gewesen wäre.)

Eine Lösung für diese Schwierigkeit läge darin, daß man unter bestimmten Bedingungen und unter Festlegung des Wertes einen gewissen Austausch der Lebensmittelkarten gestattet, also etwa so, daß es erlaubt wäre, einen Teil der Fleisch- oder Fettmarken gegen Brot- oder Kartoffelmarken umzutauschen, wobei selbstverständlich der Mehrwert der ersteren Marken von den Lieferanten in bar oder durch Eingabe einer größeren Zahl anderer Marken zu vergüten wäre. Ein Mehrverbrauch von Nahrungsmitteln würde sich daraus nicht ergeben, wohl aber eine bessere, den Konsumgewohnheiten entsprechende Ausnutzung. Auf andere Lebensmittel (Gerichte, Hülsenfrüchte usw.) ließe sich das Austauschsystem gleichfalls anwenden.“

Eine Werkstätte für Kriegsbeschädigte.

Seit Jahrzehnten wird von sozialdemokratischer Seite und von Krankenkassen verlangt, man solle in ihrem Verzug durch Krankheit oder Unfall Geschädigte ohne Rentenquerscheine vor allem wieder arbeitsfähig werden lassen, die in beschränktem Maße arbeitsfähig zu Arbeits-tätigen anlernen. Leider harrt dies Verlangen noch immer seiner Erfüllung im großen. Im kleinen, begrenzt auf Wiederherstellung von Kriegsbeschädigten aus den Verufen, welche der Erzeugung von Waffen dienen, hat das Kaiser-Wilhelm-Haus für Kriegsbeschädigte diese Aufgabe aufgegriffen und — wie wir nach einer gestern erfolgten Besichtigung durch die Presse sagen dürfen — in muster-gültiger Weise in die Wege geleitet.

Das Kaiser-Wilhelm-Haus ist eine Stiftung des Geheimen Kommerzienrats L. Koppel. Es befindet sich im alten Langenbeckhaus in der Ziegelstraße. Am 26. April d. J. ist es eröffnet, untersteht militärischer Leitung und hat den Zweck, Kriegsbeschädigte aus den Verufen, die der Waffenerzeugung dienen, die Möglichkeit zu verschaffen, ihre vor dem Kriege ausgeübte Berufstätigkeit als Schlosser, Dreher, Schleifer, Hobler und dergleichen ohne Rentenquerscheine wieder auszuüben. Diesem Zweck dient eine ärztliche Nachbehandlung der aus dem Lazarett Entlassenen durch Übungen an einfachen mediko-mechanischen Apparaten und durch physikalisch-chirurgische Heilbehandlungen (Massage, Wärme, Elektrizität, Bestrahlung, Übung an Streckstühlen und Zugverbänden u. dergl.) sowie durch eine **Arbeitswerkstatt**, in der die Übungen mit mechanischen Pendelbewegungen durch Arbeitsbewegungen, der mediko-mechanische Apparat durch Arbeitsleistungen mit Handwerkzeug und an Maschinen erlernt wird. Die Arbeitszeit ist je nach Leistungsfähigkeit des Verletzten auf zwei bis sechs Stunden festgesetzt. Die geleistete Arbeit wird bezahlt, anfänglich mit 50 Pfennig für die Arbeitsstunde, allmählich durch Akkordlohn. Die Arbeit ist der ärztlichen Kontrolle unterstellt und wird in vorsichtiger Weise nach Zeitdauer und Art geregelt.

Die Anstalt ist ein Ambulatorium und soll mit Rücksicht auf die Notwendigkeit individueller Behandlung höchstens 200 Kriegsbeschädigte beschäftigen. Zurzeit sind 127 mehr oder minder schwer Verletzte in der Arbeitsstätte beschäftigt. Diese entfällt die wichtigsten Maschinen und Werkzeuge einer Gewehrfabrik. Die Maschinen haben elektrischen Antrieb. An den Schraubstöcken, Dreh-

bänken, Hobelmaschinen, Kaltzägen, Rundschleif-, Zentrier-Säulenbohr-, Tischbohr- und anderen Maschinen sowie in der Schmiede und an den Arbeitsplätzen arbeiten die Verletzten im blauen Arbeitsanzug. Arbeitgeberin ist das Artilleriedepot in Spandau. Sie hat Gewehre und Seitengewehre zur Reparatur bis zur vollen Feldgebrauchsfähigkeit der Werkstätte übergeben. In dem zweimonatigen Wirken der Werkstätte sind bereits über 200 Gewehre und 500 Seitengewehre zur Abnahme fertiggestellt.

Vergliche Leiter der Anstalt sind Sanitätsrat Dr. Paul Mannheim und Privatdozent Dr. Franke, die Verwaltung ist dem Oberst v. Briesberg, dem Generalarzt Dr. Schulgen, dem Direktor im Kultusministerium Dr. Raumann und dem Stifter unterstellt. Als wissenschaftlicher Beirat fungieren die Professoren Dr. Schwining, Dr. Vorchardt, Dr. Klapp, Dr. Gocht, Dr. Romberg. Zur Förderung der Kriegsbeschädigten ist die Einführung von Fachunterricht (Maschinen- und Werkzeugkunde, Fachzeichnen) durch den Vorkurs der Berliner Fachschulweisens und den Direktor der Berufsschule geplant.

Etwa 45 Proz. der in der Anstalt Beschäftigten sind nach sechs-wöchentlichem Aufenthalt entlassen und stehen jetzt in Arbeit. Arbeit wird den Entlassenen durch die Anstalt nachgewiesen, ihnen auch bescheinigt, daß ihre Rente nicht zu kürzen ist.

Umfaßt auch die Anstalt nur einen kleineren Teil der Kriegsbeschädigten, so sollte sie doch weit über die von ihr Behandelten hinaus vorbildlich zur Schaffung ähnlicher Anstalten wirken. Vorbildlich ist die Erzeugung mediko-mechanischer Apparate durch bezahlte Arbeit, die Verschaffung von Arbeitsgelegenheit und die Versicherung, daß eine Renten kürzung nicht eintritt. Die Heilanstalten der Berufsgenossenschaften könnten an den Einrichtungen des Kaiser-Wilhelm-Hauses recht viel lernen und würden bei Nachgestaltung der dort geübten Methode zur möglichsten Wiederherstellung einer Berufstätigkeit bald den Beinamen „Rentenquerscheine“ verlieren.

Aus Groß-Berlin.

Die Steuerklassen im Dienste der Kriegsfürsorge.

Von der Arbeitslast, die den Steuerklassen der Stadt Berlin durch ihre Mitwirkung bei der Kriegserfassung mitunter zuzufügen auferlegt ist, können viele sich schwer eine rechte Vorstellung machen. Der Magistrat meldete dieser Lage, daß in Berlin für Unterstützung der Kriegsfamilien einschließlich Mitebeihilfen seit Ausbruch des Krieges bis Ende Juni 1916 zusammen 150 Millionen Mark, davon im Juni 10 1/2 Millionen, ausgezahlt worden sind. Die trodene Zahl läßt ahnen, ein wie reichliches Maß von Arbeit den Steuerklassen aus der Entgegennahme der Unterstützungsanträge und aus der Auszahlung der Unterstützungsgelder erwachsen ist. Die Steuerdeputation nennt in ihrem kürzlich erschienenen Verwaltungsbericht über das Steuerjahr 1914/15 die Erfüllung dieser den Steuerklassen gestellten Aufgaben „eine Belastungsprobe, wie sie dauernd in gleicher Weise wohl kein anderer Zweig der städtischen Verwaltung auf sich zu nehmen hatte“. Der Bericht erzählt auch, durch welche Maßregeln es möglich wurde, daß die ganze Einrichtung sich so rasch in Betrieb setzen ließ. Wir lesen da:

„Daß diese gewaltigen neuen Aufgaben noch neben der durch den Beamtenmangel und durch die Kriegsläufe auch sonst sehr erschwerten Steuererhebung gleich von Beginn ohne Stoden gelöst werden konnten, wird im wesentlichen auf die lange vor Kriegsausbruch für sorgfältigerweise getroffenen weitgehenden Vorbereitungen zurückgeführt werden dürfen. Als im Juni 1912 das Gesetz über die Dedung der Kosten der Verstärkung des Heeres und der Flotte als Vorläufer des Wehrbeitragsgesetzes ergangen und mit der Besorgnis, daß dem deutschen Volke ein Verteidigungskrieg vielleicht ausgenutzt werden würde, begründet worden war, hatte der Magistrat im August desselben Jahres auf Antrag des Magistratskommissars für Militärangelegenheiten die Steuerklassen mit ihren für das Kriegsunterstützungswesen so wichtigen Aufgaben betraut. Am 15. März 1913 erhielten sie die für die Regelung des Geschäftsganges in Unterstützungsangelegenheiten erforderlichen Instruktionen und im Anschluß daran wurden vom Militärbureau die sämtlichen für den Geschäftsgang erforderlichen Vorbrude (Antragsumnahmen, Unterstützungsbogen, Kassenbücher, Auszahlungslisten usw.) ausgearbeitet und in Druck gegeben. Dadurch, daß also alles rechtzeitig vorbereitet worden war, war es den Steuerklassen möglich, mit dem Augenblick der Mobilmachung unverzüglich die ihnen zugewiesene Arbeit aufzunehmen und ohne Stoden und in guter Ordnung fortzuführen.“

Es stimmt zwar nicht ganz, daß alles sogleich von Anfang an geklappt hätte. Aber man muß anerkennen, daß es für die Steuerklassen wie für die Unterstützungskommissionen eine nicht geringe Leistung war, allein in den ersten drei Wochen nach Kriegsausbruch eine Flut von 37 254 Anträgen über sich ergehen zu lassen. Daß trotz den geschilderten weitgehenden Vorbereitungen tatsächlich nicht sogleich alles nach Wunsch klappte, wird durch die eigenen Angaben des Verwaltungsberichts bestätigt. Er erwähnt, daß von den 37 254 Anträgen der ersten drei Wochen in diesem Zeitraum nur 14 230 von den Unterstützungskommissionen durch Bewilligung und von den Steuerklassen durch Zahlung erledigt waren. Auch nach Ablauf der ersten vier Wochen war man, wiewohl sich inzwischen eine Beschleunigung hatte ermöglichen lassen, immer noch beträchtlich im Rückstand. Von den 50 547 bis dahin eingegangenen Anträgen waren durch Bewilligung und Zahlung nur 35 268 erledigt.

Um den Velle-Alliance-Platz.

Auf dem Velle-Alliance-Platz sieht es zurzeit recht wüst aus. Die Viktoriafäule soll abgebrochen werden, um die Arbeiten der Untergrundbahn ausführen zu können. Eine Anzahl Wetterbuden „schmiden“ den Platz. Wenn die Arbeiten beendet sein werden, soll der Platz wiederhergestellt werden. Um diese Wiederherstellung ist ein lebhafter Meinungsstreit entstanden. Die städtische Gartenbauverwaltung hat einen Plan ausgearbeitet, der sich an die heutige Gestaltung des Platzes anlehnt und nur eine andere Einteilung der Schmutz- und Rasenflächen, der Wege und der Bürgersteige vorsieht. Gegen diesen Plan ist in Bezirks- und Hausbesitzervereinen entschiedene Stellung genommen worden. Interessenten jener Gegend sind darauf aus, den Wagenverkehr von ihren Häusern möglichst weit entfernt zu sehen. Aus diesem Grunde wird lebhaft Propaganda gemacht für einen Plan, der den ganzen Wagenverkehr von der Friedrich- und Lindenstraße direkt nach dem Halleischen Tor in gerader Linie durchzuführen will. Die Gleise der Straßenbahn um den Platz herum kommen danach in Fortfall. Alle Fußwege und Bahnen sollen **recht unmittelbar neben der Siegesfäule** und der Schnellbahn in ganz gerader Richtung über den etwas angehobenen Platz fahren. Die jetzt mit den Bürgersteigen über-

30 Meter breiten Fahrdämme sollen auf etwa 10 Meter bezug. 25 Meter zugunsten der Rasenflächen usw. verlegt werden.

Dieser Plan wird als ein besonders genialer ausgegeben. In Wirklichkeit ist er dies nicht. Der Velle-Alliance-Plan ist ein historischer Plan. Schon seine ganze Form weist darauf hin. Von der Friedrichstraße her kommt, hat einen schönen Ausblick nach dem Halleischen Torgebäude. Würde der ganze Fahrverkehr direkt über den Platz an der Viktoriafäule vorbeigeführt werden, ginge dem Platz nicht mehr wie alles verloren. Ein Denkmal, wie es die Viktoriafäule ist, kann nur dann zur Geltung kommen, wenn es richtig liegt. Die Wirkung geht vollständig verloren, wenn der Verkehr ständig um das Denkmal pulsiert. Dieser eine Grund allein macht die Ausführung des neuen Planes zu einer glatten Unmöglichkeit und bedeutet eine Verschandelung sondergleichen.

Um das Denkmal herum sitzen am Tage zahlreiche Passanten, um sich auszurufen. Viele Kinder tummeln sich im Spiel. Werden dort Straßenbahngleise gelegt, so werden diese nur eine noch größere Gefahrenquelle für die spielenden Kinder, ganz abgesehen von vielen anderen „Schönheitsfehlern“, die das neue Projekt noch enthält.

Erhöhung der Rindfleischpreise.

Infolge der Erhöhung der Stalhochpreise für Rinder ist eine Abänderung der Verordnung zur Regelung der Kleinhandelspreise für frisches (rohes) Rindfleisch erforderlich geworden. Der Magistrat veröffentlicht heute demgemäß eine neue Verordnung. Danach beträgt nunmehr der Preis für ein Pfund bester Ware bei Abgabe an den Verbraucher

für Lende	8,30 M.
schärfes Fleisch und Schabefleisch	8,20
Koalbfleisch	8,—
Keule	8,—
Fehltrippe, Spannruppe, Brust, Kamm, Bug	2,60
gehacktes Fleisch	2,60
Suppenfleisch (Steck, Hesse, Dünning, Querruppe)	2,—
Knochen	0,60

Die Preise gelten für Fleisch ohne besondere Knochenbeilage.

Weiterhin ist eine neue Verordnung des Magistrats zur Regelung der Kleinhandelspreise für Kalbfleisch erlassen, die lediglich eine anderweitige Gewichtsklasseneinteilung der Kalber vorsieht, ohne in dessen die Kleinhandelspreise für Kalbfleisch innerhalb der einzelnen Gewichtsklassen zu ändern.

„Eier ausverkauft.“

Uns wird geschrieben:

Man sieht jetzt Zettel mit dieser Aufschrift auch an Geschäften, die sogenannte städtische Eier verkaufen. Der Zettel erscheint wenige Stunden nach Beginn des Verkaufs. Ermittlungen haben aber ergeben, daß trotz des Zettelanschlusses noch erhebliche Mengen städtischer Eier vorhanden waren. Auf Vorhalt sagen die betreffenden Händler: „Ja, die nicht von der Gemeinde gelieferten Eier sind ausverkauft!“ Diese Ausrede kann aber nicht gelten, da Händler, die Gemeinde-Eier verkaufen, nicht zur selben Zeit andere Eier verkaufen dürfen. Was bezwecken also die Händler mit dem Aushang? Das Publikum soll getäuscht und vom Kauf zum Preise von 22 Pf. für das Ei abgehalten werden. Gewöhnlich sind nur drei Tage hintereinander für den Verkauf städtischer Eier festgesetzt. Infolge des Zettelanschlusses sind nach Ablauf der Verkaufsfrist noch zahlreiche städtische Eier übrig, die ein Händler, der vor dem Betrage nicht zurücksteht, als ausländische Eier zum Preise von 35 Pf. verkaufen kann. Die städtischen Eier werden allerdings auf Lebensmittelkarte abgegeben, auch werden diese Karten abgestempelt, aber die Kontrolle, wie viele von den städtischen Eiern der Händler für 22 Pfennig verkauft hat, ist so leicht nicht durchführbar. Die meisten zum Verkauf gelangenden städtischen Eier sind also solche äußerlich nicht erkennbar. Ueberdies ist es nicht so schwer, einen Farbestempel von der Eischale zu entfernen. Jedenfalls muß es ausfallen, daß Händler, die wochenlang überhaupt keine Eier zum Verkauf hatten, unmittelbar nach Beendigung des Gemeindeverkaufs mit dem Verkauf „ausländischer“ Eier begonnen haben. Händler, die den Ausverkaufszettel anschlüssen, aber noch städtische Eier vorrätig haben, müssen sofort von allen Gemeindelieferungen ausgeschlossen werden.

Zunahme der Einäscherungen.

Die Einäscherungen hatten in Deutschland unter dem Eindruck des Krieges zuerst abgenommen. Allmählich nehmen sie aber wieder zu. So stieg die Zahl der Einäscherungen in den 50 deutschen Verastungen im Mai dieses Jahres gegen den des Vorjahres von 891 auf 942 oder um 5,7 Proz. Von den einzelnen Verastungen hatte wieder Berlin am meisten mit 116, dann Leipzig mit 88, Bremen 68, Dresden 56, Gotha 52, Chemnitz 44, Hamburg und Mainz je 31, Jena 30, Stuttgart 29, München 28, Jittau 26, Gera 21, Koburg und Frankfurt a. M. 20, Offenbach 19, Karlsruhe, Mannheim, Nürnberg und Pwidaun je 17, Ulm 16, Weimar 15, Eisenach und Wiesbaden je 14, Heidelberg 12, Braunschweig 10, Sonneberg 9, Baden-Baden und Freiburg 8, Danzig, Görlitz und Meiningen je 7, Augsburg, Dessau, Hagen und Pöfned je 6, Eßlingen, Göppingen, Krefeld, Lübeck, Tüft und Treptow je 5, Darmstadt, Halle, Heilbronn und Kiel je 4, Greifswald 3, Hirschberg 2, Reutlingen 1. Die Gesamtzahl aller Einäscherungen in Deutschland beträgt bis jetzt 89 390.

Ein aufregender Vorgang rief die Berliner Feuerweh nach der Ebnburger Str. 19. Dort waren die anberthalb- und dreijährigen Knaben Feil und Erwin Reher in Abwesenheit der Mutter auf das offene Fenster der im zweiten Geschoh befindlichen Wohnung geklettert. Zum nicht geringen Schrecken der Hausbewohner drohen die Knaben herabzufallen. Da die Wohnung fest verschlossen war, rief man die Wehr. Diese kletterte am Hause empor und holte die Knaben herab, die sie dann in sichere Obhut brachte.

Ein zweiter aufregender Vorkal trug sich am Spandauer Schiff-fahrkanal zu. Zwei wertvolle Wagenpferde waren dort über die hohen Ufermauern an der Kieler Brücke ins Wasser gestürzt. Alle Vermählungen, die Tiere zu retten, erwiesen sich vergeblich. Schließlich rief man die Wehr zu Hilfe. Dieser gelang es nur noch, die Kadaver der Pferde, die längere Zeit im Kanal geschwommen waren, herauszuholen.

Aus den Gemeinden.

Ferienturnspiele für die Neuköllner Schuljugend.

Während der diesjährigen großen Ferien beabsichtigt die städtische Schulverwaltung, für die Schüler der Gemeindefchulen Ferienturnspiele nach einem besonderen Organisationsplan einzurichten. Die Schüler und Schülerinnen der Mittel- und Oberstufen jeder einzelnen Schule sollen zu Ferienturnspielen vereinigt werden, die sich auf verschiedenen Plätzen der Stadt, so dem

Schiffen Spiel- und Sportplatz, dem Herzbergplatz, dem Tempelhofener Felde und einigen von Privaten in dankenswerter Weise eingeräumten Grundstücken in den Nachmittagsstunden zu den Spielen zusammenfinden sollen. Die Leitung der einzelnen Abteilungen werden hiesige Lehrer übernehmen. Auch ist mit Genehmigung des stellvertretenden Generalkommandos an verschiedene Groß-Preller Truppenteile das Erlaubnis um zeitweise Verurlaubung von militärischen Lehrern und Vorturnern für diesen Zweck gerichtet worden. In jeder Woche sollen regelmäßig Wanderungen in die nähere Umgebung unternommen werden. Für den Schluß der Ferien sind Wettbewerbe unter den einzelnen Spielclubs und ein gemeinschaftlicher großer Dampferausflug geplant. Die für diese Veranstaltungen erforderlichen Mittel werden von der städtischen Verwaltung übernommen. Eine staatliche Beihilfe sieht in Aussicht. Die Oberleitung der Spiele liegt in den Händen der Herren Kreisjugendpfleger Hüttenrauch für Reutöhlen-West und Kreisjugendpfleger Blume für Reutöhlen-Ost. Die Verteilung an den Spielen ist selbstverständlich für alle Schüler eine völlig freiwillige. Ferner werden während der Ferien im Stadtbade unentgeltlicher Schwimmunterricht und Freibäder an Schulkinder erteilt. Es ist zu hoffen, daß durch diese in diesem Umfang zum ersten Male von der Stadt durchgeführte Organisation vielen Tausenden von Kindern unserer Stadt ein Erfolg für die Ferienreise geboten wird und daß sie durch Sport, Spiel und fröhliche Wanderung Geist und Körper besser und nachhaltiger erfrischen als durch lärmendes Spiel auf der Straße.

Milch- und Eierbezug in Charlottenburg.

Nach einer Verordnung des Charlottenburger Magistrats dürfen im dortigen Stadtbezirk an eine Familie nicht mehr als 2 1/2 Liter Milch abgegeben werden. Die Bewilligung einer größeren Menge ist nur aus ärztlicherseits geltend gemachten besonderen Gründen zulässig. Anträge sind an die Lebensmittelabteilung des Magistrats zu richten.

Inländische Eier sind in Charlottenburg in letzter Zeit noch vielfach ohne Entwertung der Brotkarte bezogen. Fleischkarte verkauft worden. Es wird darauf hingewiesen, daß auch inländische Eier nur gegen Entwertung der Brotkarte abgegeben werden dürfen.

Zur Durchführung der Massenspeisung in Weihensee.

Zur Feststellung, in welchem Umfang sich die Weihenseeer Einwohner an den Massenspeisungen beteiligen will, werden in den nächsten Tagen in allen Häusern Hauslisten verteilt, in denen sich die Einwohner einzeln eintragen müssen. Die Listen sind in der Zeit vom 7. bis 9. Juli auszufüllen und müssen bis zum 10. d. Mts. an die Brotkommission zurückgegeben werden. Den Personen, die sich daran beteiligen, werden sieben Zentner von ihrer Fleischkarte und zwei Drittel ihrer Kartoffelmenge in Anrechnung gebracht. Für den Bezug der Speisen werden nur Wochenkarten ausgegeben.

Zur Fleischversorgung im Kreise Teltow.

Der Vorsitzende des Kreisamtsausschusses gibt bekannt: Es wird sich in den ersten Wochen der Neuregelung des Fleischverbrauchs leider nicht immer ermöglichen lassen, daß jeder Fleischkarteninhaber die festgesetzte Fleischwochenmenge erhält, da sich herausgestellt hat, daß erheblich mehr Personen im Kreise bezugsberechtigt sind, als anzunehmen war. Die Vorsteher der Kreisamtsbezirke werden daher angewiesen, unter allen Umständen für gleichmäßige Verteilung der überwiegen Mengen selbständig Sorge zu tragen und erforderlichenfalls für ihren Bezirk eine kleinere Wochenmenge festzusetzen.

Soziales.

„Garantiert dauernde Heimarbeit.“

Der Benachteiligung von Heimarbeiterinnen durch schwindelhafte Inserate ist das Amtsgericht in Halle durch ein sehr verständiges Urteil jetzt entgegengetreten.

Karl Geher, der Inhaber eines „Stiderei-Versandes“ in Halle a. S., ist verurteilt worden, zwei Berliner Heimarbeiterinnen 10 resp. 22,50 M., das sind die Kosten der Stidapparate, die sie von ihm bezogen hatten, gegen Rückgabe derselben zu erstatten. — Geher pflegt durch Inserate „garantiert dauernde, gut lohnende Heimarbeit durch leichte, interessante Handarbeit“ anzubieten; für die einzuliefernden 40 Pf. verlangt er ein Musterbündchen und schwört dann den sich meldenden Frauen zum Preise von zwanzig Mark einen Stidapparat auf, mittels dessen sie die „garantiert dauernde und gut lohnende“ Heimarbeit, die er ihnen laut Garantieschein zu überweisen verspricht, ausführen sollen. Geher erteilt nun auch von den beiden Klägerinnen das Geld für den Stidrahmen — diese jedoch nicht die verprochene Arbeit! Sie erkannten bald, daß sie betrogen waren, daß Geher nicht darauf ausging, Arbeiterinnen für seinen Stiderei-Versand, sondern nur möglichst zahlreiche Abnehmer für seine minderwertigen Apparate zu finden, deren Wert einschließlich Stidnadel, Schere und Material vom gerichtlichen Sachverständigen jetzt auf 5,50 M. erkannt ist. Demgemäß klagten Frau J. und Frau K. beim Amtsgericht Halle auf Rückerstattung ihrer Ausgaben wegen arglistiger Täuschung und wucherischen Handels. — Das Gericht hat dieser Klage stattgegeben. Dabei stellte sich heraus, daß der Angeklagte im Jahre 1915 gegen 1000 solcher Stidereinrichtungen verkauft hat. Bei einem so großen Umsatz ist es natürlich ausgeschlossen, daß Geher gemäß seiner Zusage allen Käuferinnen „dauernd gut lohnende Heimarbeit“ und somit einen beträchtlichen Nebenverdienst autommen lassen will und kann, zumal die mit dem Apparat hergestellten Arbeiten gänzlich unmodern und unpraktisch, da Rottenfänger sind und seit Jahren nicht mehr gefaßt werden. Es lag somit eine bewußte arglistige Täuschung im Sinne des § 123 BGB vor, der Kauf ist als nichtig anzusehen, der Beklagte verpflichtet, die verkaufte Einrichtung zurückzunehmen und den gezahlten Kaufpreis nebst den Portoauslagen, die die Klägerin gehabt hat, zurückzugewähren.

Es wäre zu wünschen, daß nunmehr auch die Strafverfolgungsbehörde eine Untersuchung wegen Betrugs und Wuchers gegen den „Inhaber eines Stiderei-Versandes“ einleitet, und so wenigstens für die Zukunft die bedürftigsten Frauen vor betrügerischen Benachteiligungen schützt.

Wenn man leichtfertig unterschreibt.

Die Folgen unüberlegten Unterschreibens eines Schriftstückes mußte eine 16jährige Lageristin, die vor der 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts gegen das Mehl-Engros-Geschäft von Rosterly Klage erhob, mit einer für ihre bedürftige Lage erheblichen Schädigung büßen.

Das junge Mädchen war mit 50 M. Gehalt für einen Monat zur Probe angenommen worden. Akt Tage nach Eintritt erteilt die Klägerin einen schweren Unfall auf der Straßenbahn durch einen Zusammenstoß und eine Woche später meldete sie sich persönlich im Geschäft. Man zahlte ihr 88 M. und ließ sie eine Quittung unterzeichnen. Eine andere Angestellte will zwar das Mädchen ausdrücklich darauf hingewiesen haben, sich den Inhalt durchzulesen, dieses beteuerte aber vor Gericht, durchaus nicht gewußt zu haben, daß es zum völligen Ausgleich quittierte. Als die Tochter mit den 88 M. nach Hause kam und die Mutter von einer Quittungsunterschrift hörte, schickte sie sie sofort wieder hin, es war aber zu spät; die Firma ließ sich auf nichts mehr ein. Alle Versuche des Gerichts, der Klägerin im Bergleischwege wenigstens etwas zu retten, scheiterten, die Vertreterin der Beklagten erklärte, sie könne

nichts bewilligen und die Ehefrau sei in Marienbad. Es erfolgte leider Abweisung der Klage. Der Vorsitzende Magistratsrat Dr. Reumann betonte bei Urteilsverkündung, daß ihm das Urteil „gegen das Herz“ gehe, das Gesetz lasse aber ein anderes Urteil nicht zu.

Wir vermögen der Ansicht nicht zugestimmen, daß das Gesetz eine Verurteilung nicht zuließe. Eine Verurteilung wäre auch nach dem Gesetz gerechtfertigt gewesen. Denn ganz abgesehen davon, daß, wie wir wiederholt dargelegt haben, ein Verzicht auf den Lohn nach freilich befristeter Ansicht gegen § 2 des Lohnbeschlagnahmengesetzes verstößt, läßt eine Treu und Glauben berücksichtigende Auslegung die Annahme nicht zu, daß ein ernsthafter Verzicht vorlag. Ueberdies wäre solcher Verzicht auch als nichtig zu erklären, da ein von einem kaum den Kindesjahre erwachsenen Mädchen verlangter Verzicht eine Ausbeutung ihrer Unerfahrenheit und wirtschaftlichen Notlage darstellt und deshalb nach § 138 B. G. B. nichtig ist.

Der Hund im Gefangenlager ist steuerpflichtig.

Der Militärfiskus war wegen eines Hundes, der im Gefangenlager zu Stargard gehalten wurde, zur Hundsteuer herangezogen worden. Der Fiskus klagte auf Freistellung und berief sich auf § 4 der Stargarder Hundsteuerordnung, wonach von der Hundsteuer diejenigen Hunde frei sind, die zum Gewerbebetriebe unentbehrlich seien und zur Bewachung von Warenvorräten dienen. Es wurde geltend gemacht, der Hund im Gefangenlager diene namentlich auch zur Bewachung vorhandener Warenvorräte. Der Bezirksausschuß wies jedoch die Freistellungsklage des Fiskus ab, weil Vorräte, die nicht zum Verkauf, sondern nur zum Verbrauch bestimmt seien, überhaupt nicht als „Waren“ bezeichnet werden könnten. Im übrigen hielt die Steuerordnung auch keine andere Bestimmungsvorschrift, die sich auf Hunde in Gefangenlagern beziehe. — Das Oberverwaltungsgericht bestätigte jetzt das Urteil. (2)

Berichtszeitung.

Räumungsklagen gegen Kriegerfamilien.

Das Amtsgericht in Köln hatte neulich das Räumungs-urteil gegen eine Ehefrau, deren Mann im Felde steht, abgewiesen. Auf die Beschwerde des Gläubigers hat dann das Landgericht den Gerichtsvollzieher zur Vollstreckung des Urteils angewiesen, da die Wohnung von der Ehefrau in Abwesenheit ihres im Felde befindlichen Ehemannes gemietet worden sei. Die Wohnung sei von der Ehefrau für sich gemietet und nicht als eheliche Wohnung zu betrachten, denn der Mann stehe im Felde. Das Oberlandesgericht Köln hat nun dem Gesetz entsprechend den Beschluß des Landgerichts aufgehoben und die Räumung für unzulässig erklärt. Die Ehefrau habe den Mietvertrag als Vertreterin des Mannes abgeschlossen, sei es kraft Vollmacht ihres Mannes, sei es in Ausübung ihrer Schlüsselgewalt, denn dem Ehemann, nicht ihr lag es ob, eine Wohnung zur Führung der ehelichen Haushaltung zu nehmen. Die Entfernung der Frau aus der Wohnung sei solange unzulässig, als die Zwangsvollstreckung gegen den Ehemann unzulässig ist, d. h. als der Ehemann nicht vollstreckbar zur Räumung verurteilt werden kann.

12000 Mark Strafe für Höchstpreisverstöße.

Eine Anklage wegen Ueberschreitung der Höchstpreise führte gestern den Fabrikbesitzer Johann Heinrich Traeger vor die 1. Strafkammer des Landgerichts I.

Der Angeklagte, der im Jahre 1915 in seiner Fabrik durchschnittlich 80 Arbeiter bei der Herstellung von Zündstoffen beschäftigte, hatte mit zwei Firmen Verträge zur Abnahme von Weisingspänen und Weisingabfall abgeschlossen. Die Verträge waren so abgefaßt, daß in verkleinerter Form die festgesetzten Höchstpreise überschritten wurden. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Angeklagte durch diese Ueberschreitung der Höchstpreise im ganzen einen Verdienst von 9150 M. gehabt hat, wenn er auch schließlich bei dem Geschäft selbst, bei welchem wieder der Kettenhandel mitspielte, schlecht abgeschrieben hat. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 12000 Mark.

Aus aller Welt.

Nur als Schweinefutter.

Ein wesentlich anderes Bild als die Lobeshymnen auf die mustergültigen Methoden unserer Lebensmittelverteilung zeigen die immer wiederkehrenden Meldungen, daß hier oder dort Wurst, Fleisch usw. wegen Ungelegenbarkeit vernichtet werden mußten. Kennzeichnend ist auch eine Anzeige, die unterm 8. Juli in der „Rhein- und Ruhrzeitung“, Duisburg, erschien und also lautet:

Kur als Schweine- oder Viehfutter zu benutzen, circa 6000 bis 7000 Dosen bombierte Fleischkonserven zu 20 Pf. per Dose hat von Montag nachmittag abgegeben Herr Stridling, Döb., Wefeler Str. 32 (Toreingang).

Bombierte Fleischkonserven sind Konserven, die in Fässeln übergeben werden und deshalb für menschliche Nahrung unbrauchbar sind. Ob es sich bei den 6000-7000 Dosen um ein Quantum handelt, das der Besitzer in Erwartung steigenden Profits übermäßig lange hatte lagern lassen?

Ein anspruchsvoller Epikureer muß es gewesen sein, der, wie dem „Vojener Tageblatt“ aus einem bei Wosen gelegenen Orte berichtet wird, einem Landwirt die Hühner stahl und den Hahn zurückließ, weil er nicht fett genug gewesen zu sein scheint. Denn sein rechtmäßiger Besitzer fand ihn am Morgen vereinsamt in seiner Klawe, um den Hals einen Zettel mit der Aufschrift: „Ein Jahr zurückgestellt.“ Die Vermutungen, dem diebischen Schahmacher auf die Spur zu kommen, sollen folgendes Ergebnis gehabt haben: Der eingeleitete Polizeibund, anscheinend noch nicht ganz fertig in der Dressur, ließ die vorgeschundenen Einbruchsspuren unbedacht und verlor so sehr leicht einen Weg, der ihn zu einer Miete führte, und von der er nicht wieder fortzubringen war, so daß sein Herr sich entschloß, der Sache auf den Grund zu gehen, nachgrub und — einen stattlichen Vorrat an Fleisch- und Wurstwaren vorfand, der bei der Bestandsaufnahme wohl verheimlicht worden war. Die Vorräte sollen dann behördlicherseits enteignet worden sein. Woraus zu ersehen ist, daß mitunter sogar ein Diebstahl seine guten Folgen haben kann.

Einsparung einer Schwefelgrube. „Corriere della Sera“ meldet aus Palermo: In Castel Termini ist die Schwefelgrube Cazzobisi zusammengefallen. Achtzehn Personen wurden geborgen. Ueber hundert Arbeiter sind verunglückt.

Vulkanausbrüche und Erdbeben in Italien. Seit einigen Tagen ist der Stromboli wieder einmal in Tätigkeit und wirft seine glühende Lava aus. Eine aus Messina kommende Meldung der „Tribuna“ besagt, daß der durch den Ausbruch verursachte Schaden vermutlich sehr erheblich ist. Der glühende Lavastrahl soll bereits an verschiedenen Stellen in bewohntes Gebiet vorgedrungen sein und durch Feuer verschiedene Häuser zerstört haben. — Die „Secolo“ berichtet, war Dienstag früh in Ancona für einige Sekunden ein Erdbebenstoß fühlbar.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Täglich, Freitag, den 7. d. Mts., abends 6 Uhr.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende Nr. 2, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Ueber für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Wunsch und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenqualifikation beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Etliche Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

2. 14. 1. Sie müssen auf Herausgabe der Sachen Klage erheben. 2. Zunächst muß eine Aufforderung zur Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft erfolgen. 3. Die Aufforderung kann erfolglos sein. 4. und 5. Ja. 6. Es muß zunächst ein Schiedsgericht beantragt werden. — Teja C. Weide. Krankheiten des Auges; drei Monate zurückgestellt. — G. 2. 1. Sie sind zur Zahlung der Steuern verpflichtet, können aber Erstattung beantragen. — R. 2. 8. Ja. — R. 2. 109. Die Räumungsklagen haben darüber kein Bestimmungsrecht. — G. 2. 50. Die Kriegsausführung kommt für die Zeit der Behandlung im Krankenhaus in Betracht. — G. 2. 23. 1. Ja, es muß aber formgerecht gemacht sein. 2. Ein selbstgeschriebenes Testament ist gültig. Der Vater hat aber einen Erbanspruch auf den Pflichtteil, weil die Ehe kinderlos ist. — C. 119. Nein. — G. 74. Ja, denn es besteht überhaupt kein rechtlicher Anspruch auf Urlaub. — G. 2. 100. Das Kriegselterngeld kann in Höhe bis zu 250 Mark jährlich gemindert werden. — R. 2. 1. Nein. 2. und 3. Ja. — G. 2. 500. Ja. — R. 2. 6. Es besteht in diesem Falle monatliche Räumung und der Mieter ist deshalb nur verpflichtet, die Miete für einen Monat zu zahlen. — Pfleger 1916. Unseres Erachtens läßt die Strafe unter dem Amnestieerlass; beantragen Sie die Mäßigung derselben. — R. 2. 150. Sie haben keinen Anspruch auf das Krankengeld. — R. 2. 60. Ja. — G. 30. Auch die Rechtsunterstützung kann in diesem Falle entzogen werden. — R. 2. 6. Vortum 36. Ein Anspruch auf Rückgabe der Geschenke besteht nicht; die Bilder können Sie zurückverlangen. — R. 2. 50. 1. Wenn Sie nicht innerhalb acht Tagen vom Tage der Zustellung des Urteils an gerechnet, gegen das Verwaltungsgericht Einspruch eingelegt haben, so ist das Urteil rechtskräftig geworden und die Firma kann zur Gründung schreiten. 2. Für den Betrieb besteht doch eine besondere Betriebskrankenkasse, der Sie sicher als Mitglied angehören. 3. Ja.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Hiemlich kühl und überwiegend bewölkt. Mittig der Ober- noch vielwolke, weiter westlich schwächere Regenfälle; dazwischen zeitweise aufklarend.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Bezirk 141.

Am Montag, den 3. Juli, verstarb unser Mitglied, der Malermeister **Albert Doege** (Kallischer Str. 11, im Alter von 56 Jahren).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Jakobikirchhofes, Hermannstraße (Kollstr.) aus statt.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Mariendorf.

Am 3. Juli 1916 verstarb nach kurzem Leiden unser langjähriger Parteigenosse, der Tischler **Richard Schulz** (Kurfürstenstr. 46, im Alter von 63 Jahren gestorben ist).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in der Friedenstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
196/9 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband. Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Gustav Hätscher** (Kammerstr. 31, im Alter von 65 Jahren gestorben ist).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Kirchhofes der Bartholomäus-Gemeinde in Weihensee aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Richard Schulz** (Mariendorf, Kurfürstenstr. 46, im Alter von 43 Jahren gestorben ist).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Juli, nachmittags 6 1/2 Uhr, auf dem Mariendorfer Gemeinde-Friedhof, Friedenstraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
88/15 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk N. I.

Am 2. Juli starb unser Mitglied, der Maurer **Wilhelm Gain**.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 1/2 Uhr von der Halle des Franz Kirchhofes in Pantow, Wollanstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
142/9 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbehilfe der Deutschen Wagenbauer.

G. a. G. Berlin. Bezirk 5.
Am 3. Juli verstarb an Lungenerkrankung unser Mitglied **Hermann Muhs** (Bräufelder Str. 18).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Obligations-Kirchhofes aus nach dem städtischen Friedhof in der Seeferstraße statt.
Rege Beteiligung erwartet
257/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsenführer **Franz Rietz** am Sonntag, den 2. Juli, im Alter von 64 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dom-Kirchhofes, Müllerstraße, aus statt.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk N. I.

Am 27. Juni 1916 fiel auf dem Schlachtfelde nach 23 monatigen schweren Kämpfen mein lieber, guter Mann, unser Bruder, Schwager, Neffe und Schwieger-sohn, der Obergefehle **Otto Gniffke** (Ref.-Fuß-Artillerie-Regiment 10 im 33. Lebensjahre. 1408) in tiefem Schmerz
Die trauernde Gattin Emma Gniffke nebst allen Angehörigen.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk N. I.

Mein geliebter Otto, ruhe sanft in Frieden, Du meine Welt, mein höchstes Glück. Du trägst bist Du von mir geliebt und liebst mich allein zurück. Daß tausend Dank für Deine Liebe und Mäß, in meinem Herzen sitzt Du nie.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk N. I.

Als Opfer des Weltkrieges starb am 2. Juli im Reservelazarett Jäbarn unser guter, lieber Sohn, Bruder und Bräutigam **Fritz Kestel** (Reserve-Jäger-Bat. 5, 3. Komp. In tiefem Schmerz
Ernst Kestel nebst Frau und Kindern.
Martha Gottschalk als Braut.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk N. I.

Als Opfer des Weltkrieges starb am 2. Juli im Reservelazarett Jäbarn unser guter, lieber Sohn, Bruder und Bräutigam **Fritz Kestel** (Reserve-Jäger-Bat. 5, 3. Komp. In tiefem Schmerz
Ernst Kestel nebst Frau und Kindern.
Martha Gottschalk als Braut.